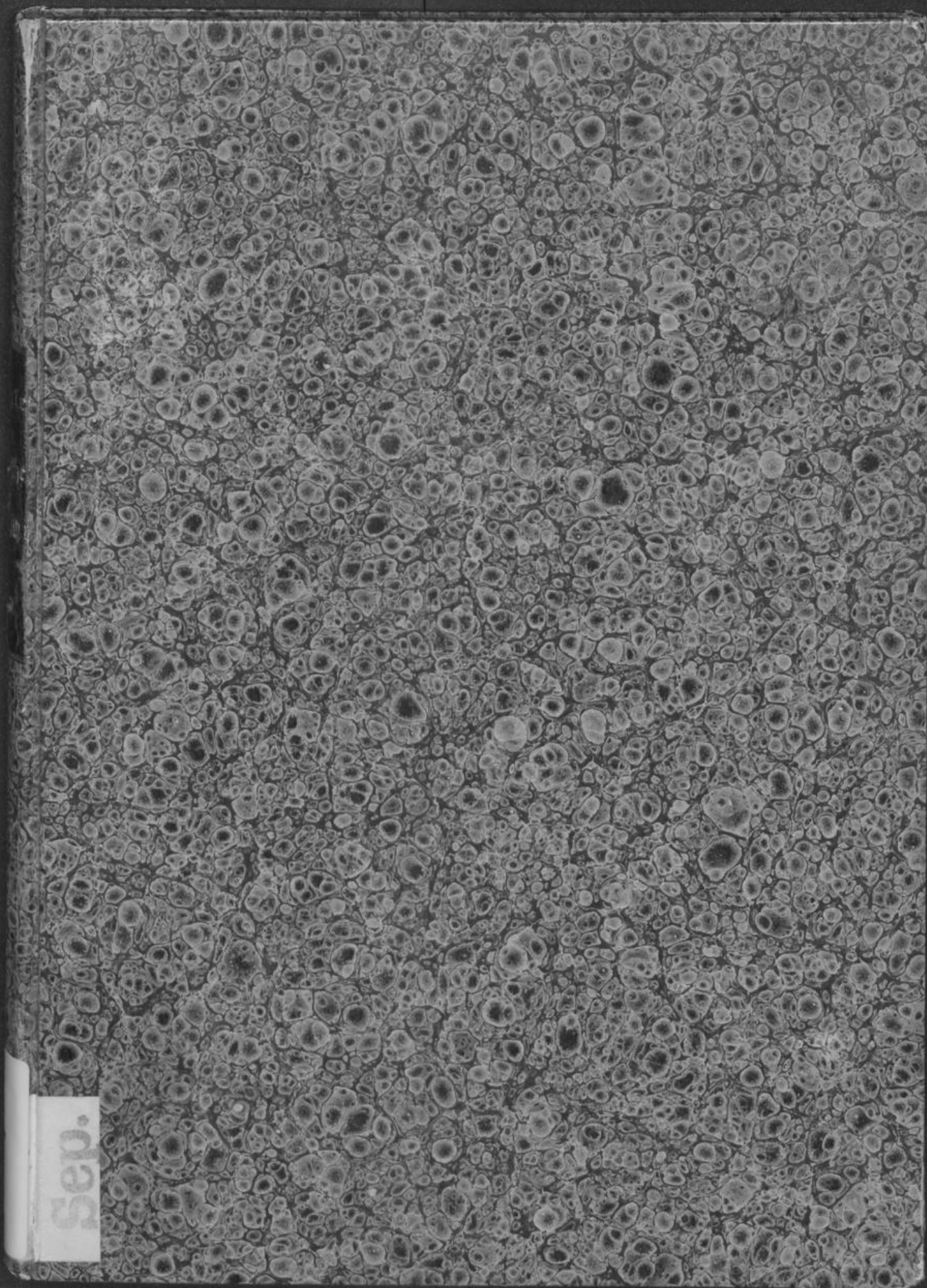




Sep.

LH 157-3 Sep.

~~R. 3051.~~ ex.



Untersuchungen
zur
Lippischen Thronfolgefrage.

Ange stellt

im Auftrage der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Staatsregierung

von

Stephan Kekule von Stradonitz,

Dr. iur. utr. et phil.



Hef t III:

Der Status der Modeste von Unruh.



Berlin.

Carl Heymanns Verlag.

1897.



LA 157-3

Familie des Generals Carl Philipp von Unruh mit dem hohen Adel des Reichs, falls man annimmt, daß er aus der polnischen Linie dieses Geschlechtes stammte, aus der Sonderstellung des polnischen Adels gefolgert werden kann. Dagegen kann es den Vertretern der Weissenfelder Interessen überlassen bleiben, sich mit Janeczki darüber auseinanderzusetzen, ob er den Nachweis erbracht hat, daß Modesta dem §. 18 des Brüdervergleichs, so wie ihn Weissenfeld verstanden wissen will, nämlich, daß damit nicht hoher, sondern titulirter niederer Adel gemeint sei, in Folge des angeblichen „hochadeligen Charakters“, genügt. Einiges zu dieser Frage wird der Vollständigkeit halber hier gleichfalls erörtert werden.

II.

Janeczki geht bei seiner Betrachtung anscheinend von der Voraussetzung aus, daß die Abstammung des Vaters der Modesta von Unruh, des im Jahre 1805 verstorbenen General-Lieutenants Carl Philipp von Unruh, von der uradeligen Familie von Unruh und namentlich von der polnischen Linie dieses Geschlechtes feststehe, während der Nachweis, daß seine Abstammung völlig dunkel ist, vom Verfasser an anderer Stelle¹²⁾ bereits beigebracht wurde. Der Verfasser hat namentlich dargelegt, daß diejenigen Personen, welche man bisher als die Eltern des Carl Philipp

¹²⁾ Untersuchungen zur Sippischen Thronfolgefrage. Heft II. Die Ahnen der Modeste von Unruh.

von Unruh angesehen hat, nämlich Sigismund von Unruh auf Puniß, † 1732, und Ursula Elisabeth von Schweiniß, verwittwete von Vestwiß, seine Eltern nicht waren, daß vielmehr Carl Philipp in irgend einer, trotz der sorgfältigsten Forschungen bisher nicht aufzuklärenden, anscheinend nicht legitimen Weise mit derjenigen Linie der Familie von Unruh, welche auf Striche in Polen ansässig war, zusammenhängt.

Merkwürdigerweise hält die Gegenerklärung B. an der Abstammung des Carl Philipp von Sigismund und Ursula fest, jedenfalls

„bliebe gleichwohl die Thatsache unumstößlich bestehen, daß Carl Philipp aus dem alten polnischen Adelsgeschlechte derer von Unruh abstammt“. ¹³⁾

Nun ist der Gegenbeweis, daß Carl Philipp von Unruh nicht der Sohn des Sigismund von Unruh auf Puniß und der Ursula Elisabeth von Schweiniß gewesen ist, vom Verfasser durchaus nicht, wie Seitens der Vertreter der Biesterfelder Interessen wieder und wieder behauptet wird:

„im Wesentlichen darauf beschränkt, Schlüsse aus differirenden Jahreszahlen zu ziehen“,

sondern er ist durch den Inhalt der vorgelegten Urkunden erbracht. Wenn ferner in der gegnerischen Presse mehrfach betont worden ist:

„daß auch bei der sorgfältigsten Prüfung Irrthümer in den Jahreszahlen vorkommen können“,

¹³⁾ Gegenerklärung B. S. 5.

so vergißt man, daß in Kirchenbüchern wohl Irrthümer im Datum, das heißt der Zahl des Tages innerhalb des Monats vorkommen können, daß aber die Jahreszahl und der Monat selbst immer unzweifelhaft festzustellen ist, sobald ein ordentlich geführtes Kirchenbuch vorliegt, weil die Eintragungen in die Kirchenbücher der Reihe nach erfolgen.

Die weiteren Ausführungen der Gegenerklärung B.:

„In dieser Thatsache — nämlich, daß Karl Philipp von Unruh aus dem polnischen Zweige der Familie von Unruh abstammt — stimmen alle Sachverständigen, welche sich zur Sache geäußert haben, überein. Diese Thatsache wird durch zahlreiche Korrespondenzen und durch die verwandtschaftlichen Beziehungen der von Unruh'schen Familie im Allgemeinen genügend erhärtet. Hierauf deuten alle sonstigen, wenn auch in den Einzelheiten vielleicht nicht ganz genauen Schriftstücke, die über Karl Philipps Familie sprechen. Auch die noch im Posen'schen blühende, mit den Unruh mehrfach verschwägte Familie von Haza-Radliß hat Karl Philipp und seine Nachkommen stets als nahe Verwandte anerkannt.“
sind ohne jede Beweiskraft.

Was zunächst die „verwandtschaftlichen Beziehungen“ der von Unruh'schen Familie betrifft, so figurirt bei keinem der fünf Kinder des Carl Philipp von Unruh irgend ein Mitglied der Familie von Unruh als Pathe.

Die Paten sind, ausweislich der Taufscheine:

- a) bei der Taufe der Caroline Albertine Maria von Unruh, geb. den 7. November 1774: Urfunde 3.
1. Frau Generalin von Oldenburg,
 2. Frau Obrist von Zitzewitz,
 3. Frau Präsident von Bonin,
 4. Frau Hauptmann von Wiegel,
 5. Herr General von Billerbec,
 6. Herr von Kameke aus Barchmin,
 7. Herr von Raßmer aus Bessin,
 8. Herr Präsident von Birch,
 9. Herr von Kameke auf Strazig;
- b) bei der Taufe der Friederica Clara Henriette von Unruh, geb. den 6. März 1777: Urfunde 4.
1. Frau Majorin von Below, geb. von Below,
 2. Frau von Kameke aus Barchmin,
 3. Frau von Bonin aus Kleptow,
 4. Herr Obrist von Zitzewitz,
 5. Herr Premier-Lieutenant von Kameke;
- c) bei der Taufe der Dorothee Christiane Modeste von Unruh, geb. den 29. April 1781: Urfunde 5.
1. Fräulein Wilhelmine Modeste von Kameke,
 2. Fräulein Karoline Juliane von Kameke,
 3. Herr Major von Below,
 4. Herr Oberamtmann Goeden;
- d) bei der Taufe der Sophie Juliane Caroline von Unruh, geb. den 4. Juni 1783: Urfunde 8 und 9.
1. Verwitwete Frau Generalin von Oldenburg, geb. von Kleist, zu Kösslin,

2. Frau Oberstlieutenant von Below, geb. von Below,
3. Frau Postmeister von Drygalsky, geb. von Kameke, zu Schlawe,
4. Herr Hauptmann von Manstein zu Stargardt,
5. Herr Postmeister von Drygalsky zu Schlawe;

Urkunde 10.

e) bei der Taufe des Karl Georg Friedrich Johann von Unruh, geb. den 18. März 1786:

1. Herr Obrist von Köppen, in dänischen Diensten,
2. Herr Obrist von Grolmann in Köslin,
3. Herr Major von Kameke in Berlin,
4. Herr Hauptmann von Kameke in Gragig,
5. Herr Hauptmann von Braeske,
6. Herr Hauptmann von Manstein in Stargardt.

Das sind also bei 5 Taufen 29 Pathen, und unter diesen 29 Pathen ist kein Mitglied der Familie von Unruh.

Das ist an sich schon auffallend, um so auffallender aber, als zu der Zeit, zu welcher Carl Philipp bei dem in Köslin und Rügenwalde garnisonirenden Regiment von Billerbeck stand, ein Zweig der Familie von Unruh im Kreise Köslin ansässig war. Mit diesem hat also Carl Philipp anscheinend nicht verkehrt.

Auch hat sich bisher nicht ein einziger Tauffchein eines Unruhischen Familienmitgliedes finden lassen, bei welchem Carl Philipp seinerseits als Pathe fun-

girt hätte. Im Gegentheil! Georg Lorenz Simon von Rowalsky, geb. den 30. Juli 1717 diente seit 1735 im Infanterie-Regiment Nr. 7 in Stettin. Seit dem Jahre 1747 war er Stabskapitän in demselben Regiment.

Am 21. Februar 1753 heirathete, laut Eintragung im Kirchenbuche zu Birnbaum, dieser Herr von Rowalsky: Anna Elisabeth von Unruh, Tochter Adam Conrads von Unruh, eines Vettters zweiten Grades des Alexander von Unruh, der nach dem Briefe von 1783 ein Halbbruder des Vaters des Carl Philipp von Unruh¹⁴⁾ gewesen sein soll.

Diesem Ehepaare ist am 25. Dezember 1753 zu Stettin eine Tochter geboren (am 31. Dezember getauft), welche die Namen Caroline Wilhelmine Dorothea Anna erhalten hat (Evangelisches Militär-Oberpfarramt 2. Armeekorps zu Stettin).

Urkunde 49.

Da Carl Philipp von Unruh im Jahre 1753 bei demselben Regiment, wie der Stabskapitän von Rowalsky diente, und zwar als Fähnrich, so war zu erwarten, daß er bei der mitgetheilten Taufe als Pathe fungirt hätte. Die Zahl der Pathen ist auch hier sehr groß, nämlich 8: Carl Philipp ist jedoch nicht darunter. Also auch mit der Familie von Rowalsky scheint Carl Philipp in verwandtschaftlichen Beziehungen nicht gestanden zu haben.

Wenn andererseits behauptet worden ist, die mit den polnischen Unruhs mehrfach verschwägte Familie von Haza-Radliß habe Carl Philipp und seine Nach-

¹⁴⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 46.

kommen stets als nahe Verwandte anerkannt, so ist diese Behauptung nur mit einer sehr großen Einschränkung richtig.

Diese Anerkennung ist nur seit etwa der Mitte dieses, des 19. Jahrhunderts, nachweisbar, nicht für die Lebenszeit Carl Philipps. Es läßt sich aber aus den Aufzeichnungen der Familie von Haza-Radliß nachweisen, daß man seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts innerhalb dieser Familie die irrige¹⁵⁾ Ansicht theilte, Carl Philipp sei ein Sohn des Sigismund von Unruh auf Puniß und der Ursula Elisabeth von Schweiniß gewesen.

Also auch nach diesen Ergebnissen hat der Verfasser nicht die geringste Veranlassung, an dem in den „Ahnen der Modeste von Unruh“ gewonnenen Satze, daß die Abstammung des Carl Philipp von Unruh zur Zeit völlig dunkel ist, etwas zu ändern.

Wie übrigens in der Gegenerklärung B. der Satz aufgestellt werden konnte:

„Jene Thatsache“ — daß Carl Philipp aus dem alten polnischen Adelsgeschlechte derer von Unruh abstammte — „ist die allein entscheidende.“

ist völlig unverständlich, da Biesterfeldischerseits selbst stets behauptet worden ist, das Mindesterforderniß für die Ebenbürtigkeit sei alter, d. h. Ahnenadel. Wäre wirklich zweifellos, daß Carl Philipp in legitimer Weise aus dem Adelsgeschlechte der Unruh ab-

¹⁵⁾ S. die Ahnen der Modeste von Unruh.

stammte, so wäre damit doch noch lange nicht zweifellos, daß seine Mutter von Adel gewesen ist, noch weniger, daß sie ihrerseits die erforderliche Zahl von Ahnen gehabt hat.

Zum Nachweise, daß die erforderliche Zahl von Ahnen vorhanden sei, ist gegnerischerseits die Ahnentafel von 1829 vorgelegt worden. Abgesehen davon, daß der Verfasser den Nachweis¹⁶⁾ geführt hat, daß das in dieser Ahnentafel angegebene Elternpaar des Carl Philipp ein falsches ist, wies er auch auf die bedenkliche Glaubwürdigkeit dieser Ahnentafel, wegen des Mangels der Eidesformel in dem Attestat, hin. Diese Ausführungen ist der Verfasser nunmehr wesentlich zu ergänzen in der Lage.

In der Gegenerklärung B. ist behauptet worden,¹⁷⁾ die vier Unterzeichner der Ahnentafel von 1829 hätten durch ihre Unterschrift die Verantwortlichkeit dafür übernommen:

„die urkundlichen Grundlagen geprüft und richtig befunden zu haben“.

Diese Behauptung steht im klarsten Widerspruch mit dem, was die vier Unterzeichner selbst unterschrieben haben:

„Demnach uns sehr wohl wissend und bekannt ist, daß die hierbey bemerkten und aufgezeichneten Ahnen jederzeit dafür gehalten und angenommen worden;

¹⁶⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 15 ff.

¹⁷⁾ S. 4.

Als urkunden und bezeugen wir hiermit und Kraft dieser unserer Unterschrift.“¹⁸⁾

In dieser Formel fallen zwei Dinge demjenigen, der gewohnt ist, mit Ahnentafeln zu arbeiten, sofort in die Augen:

1. es wird nicht bescheinigt, daß die aufgezeichneten Ahnen die Ahnen des Probanden wirklich sind, sondern nur, daß sie „jederzeit dafür gehalten und angenommen worden“ sind;
2. und auch dieses wird nicht an Eidesstatt oder sub fide nobili versichert, sondern nur beurkundet und bezeugt.

Die Ahnentafel von 1829 ist daher mit Nichten eine aufgeschworene, und, wenn sie das Königliche Oberhofmarschallamt in Dresden als eine solche bezeichnet,¹⁹⁾ was auch in einem Schreiben an den Verfasser geschehen ist, so ist dieses nichts weiter, als eine Erweiterung des Begriffes „aufgeschworen“.

Die Ahnentafel ist somit lediglich eine attestierte Ahnentafel und das Fehlen der Formel „sub fide nobili“ und „an Eidesstatt“ kann dadurch nicht ersetzt werden, daß das Oberhofmarschallamt die Ahnentafel unter Erweiterung dieses Begriffes als eine aufgeschworene bezeichnet.

Ein Beispiel der Formel einer aufgeschworenen Ahnentafel wurde in den „Ahnen der Modeste von Unruh“, Tafel 3, gegeben.

Urkunde 50.
Tafel 4.

Der Verfasser ist jetzt in der Lage, eine Ahnentafel aus dem Oberhofmarschallamte in Dresden selbst

¹⁸⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. Tafel 2.

¹⁹⁾ Gegenerklärung B. S. 4.

(d. d. Dresden 5. April 1802) vorzulegen, welche für einen Carl Friedrich von Unruh, gleichfalls zwecks Erlangung der Kammerjunferwürde, aufgestellt worden ist. Diese ist rite aufgeschworen, wie die Unterzeichnungsformel ergiebt. Sie wird auch nicht deshalb hier mitgetheilt, um die in Dresden damals vorgeschriebene Form des Attestates erkennen zu lassen, denn dazu wäre eine große Zahl von Ahnentafeln aus dem Oberhofmarschallamte nöthig. Die vorgeschriebene Form wird weiter unten mitgetheilt werden. Diese Ahnentafel des Carl Friedrich von Unruh wird vielmehr deshalb hier vorgelegt, weil die in ihr als väterliche Urgroßeltern enthaltenen Balthasar von Unruh und Sophie Catharina von Stutterheim identisch sind mit den Eltern der Halbbrüder des Alexander von Unruh auf Striche. Und von diesen Halbbrüdern soll doch einer, nach dem Briefe von 1783,²⁰⁾ der Vater des Carl Philipp von Unruh gewesen sein. Ist es nicht unbegreiflich, daß man bei der Aufstellung der Ahnentafel für den Grafen Hohenthal im Jahre 1829 Carl Philipp ganz fälschlicher Weise in die Linie des Sigismund von Unruh auf Punitz versetzte, während eine über seine wahre Ascendenz, wenn man die Angaben des Briefes von 1783 für richtig hält, genaue Angaben enthaltende Ahnentafel bei der gleichen Behörde schon vorhanden war?

Was nun das Fehlen der Eidesformel in der Ahnentafel von 1829 betrifft, so war der Verfasser

²⁰⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 46.

ferner in der Lage, festzustellen, daß in einer Königlich Sächsischen Verordnung vom 29. Dezember 1742 der Wortlaut des unter die Ahnentafeln, welche zwecks Erlangung von Hofwürden eingereicht wurden, zu setzenden Attestes in nachstehender Weise bestimmt worden ist:

„Demnach uns Endesunterschriebene und in hiesigen Chur=Sächsischen (oder andern) Landen angeessene von Adel, Herr N. N. um ein glaubwürdiges Attestat seiner 16. Ahnen geziemend ersuchet, und dann nicht allein Landkündig, sondern auch uns sehr wohl wissend und bekannt ist, daß die hierbey in ihren Schilden, Helmen und Farben bemerkte und aufgezeichnete Adelige Ahnen jederzeit dafür gehalten, auch bey unsern Ritter- und Land=Tags=Versammlungen, jedesmahl dafür an- und aufgenommen worden; **Als urkunden und bezeugen wir, an Eydes statt, und bey Verlust unserer adelichen Ehren** hiermit und krafft dieser unserer Unterschrift, und vorgedruckten adelichen Petschaften, daß obgenannter Herr N. N. von solchen hier obspecificirten 16. Ahnen wahrhafftig und rechtmäßig entsproßen, und an allen Orthen dafür zu erkennen sey. Gegeben 2c. 2c.“

Urkunde 51. Dieses ergiebt eine amtliche Auskunft des Königlichlichen Oberhofmarschallamts Dresden an den Verfasser, vom 26. März 1897.

Nach der gleichen amtlichen Auskunft sind:

„nach dieser Vorschrift auch bis vor wenigen

Jahren die Ahnentafeln seitens der adeligen Zeugen bestätigt worden. Erst in den letzten Jahren hat man die Attestate den jetzigen Verhältnissen entsprechend anders formulirt und namentlich die Redewendung „an Eidesstatt“ weggelassen.

Hieraus geht hervor, daß die Attestirungsformel vor und nach dem Ausstellungsdatum der Gräflich Hohenthal'schen Ahnentafel (16. November 1829) ein und dieselbe ist, d. h. die oben mitgetheilte Formel ist, gemäß der Verordnung vom 29. Dezember 1742.“

Hieraus ergibt sich aber, daß es gegen die Vorschriften vom Jahre 1742 und, wie das Oberhofmarschallamt außerdem mitgetheilt hat, gegen die Praxis der Zeit ist, wenn die Ahnentafel von 1829 die Eidesformel nicht enthält.

Wenn endlich das Oberhofmarschallamt in seiner amtlichen Auskunft erklärt hat:

„sich der Ansicht nicht verschließen zu können, daß ein besonderer Grund vorgelegen haben könnte, die Worte „an Eidesstatt“ in die Formel nicht einzuflechten“

so wird man dem Oberhofmarschallamt nur durchaus beistimmen können. Diesen „besonderen Grund“ wird man aber darin erblicken müssen, daß den Unterzeichnern der Ahnentafel die Urkunden zum Beweise der Abstammung nicht vorgelegen haben und daß sie sich deshalb scheuten, die Ahnentafel „an Eidesstatt und bei Verlust adeliger Ehren“ zu beurkunden.

Danach scheint es wahrscheinlich, daß die Abstammung des Generals Carl Philipp von Unruh im Jahre 1829 ebenso dunkel war als heute.

Alle die angeführten Thatsachen sprechen dafür, daß hinsichtlich der Geburt des Carl Philipp von Unruh nicht Alles in Ordnung war.

Die Offizierliste von 1787 und der Brief von 1783²¹⁾ weisen allerdings auf eine Abstammung Carl Philipps aus der polnischen Linie der Familie von Unruh hin, allein man kommt hier in folgenden Zwiespalt.

Entweder die Angaben dieser beiden Dokumente sind richtig, dann läßt sich Carl Philipp in ehelicher Weise überhaupt nicht unterbringen,²²⁾ oder sie sind falsch, dann ergeben sie auch keinen Beweis für seine Abstammung aus der polnischen Linie.

Somit ist das Resultat nach wie vor, daß bisher weder erwiesen ist,

1. daß Carl Philipp von Unruh die erforderliche Zahl von Ahnen besessen hat;
2. noch, daß er aus der polnischen Linie der Familie von Unruh stammte;
3. noch endlich, daß er in legitimer Weise von der Familie von Unruh stammte.

Was gegen diese Ansicht bisher von den Vertretern der Biesterfelder Interessen vorgebracht worden ist, ist haltlos.

²¹⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 46 u. S. 52.

²²⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 50 ff.

Insbefondere ist der Satz:

„Die legitime Abstammung des Karl Philipp aus dem altadeligen Geschlechte derer von Unruh ist bereits zu der Zeit, da jener Generalspage war, ausreichend auf die Probe gestellt worden.“

ohne jede Beweiskraft.

Daß das Pagessein Carl Philipps kein Beweis seines alten, d. h. Ahnen-Adels ist — wenn das vorstehender Satz meinen sollte — ist andern Orts²³⁾ ebenso erschöpfend dargelegt worden, wie, daß es keinen Beweis des Adels schlechthin abgiebt. Carl Philipp war Generalspage. Daß eine Ahnen- und Adelsprobe bei der Aufnahme sogar der Hofpagen in Preußen damals nicht stattfand, hätte man seitens der Vertreter der Biesterfelder Interessen wirklich in- zwischen feststellen können, ebenso, daß die Generalspagen mit den eigentlichen Pagen, den Hofpagen, nichts als den Namen gemein hatten.

Was endlich den rothen Adlerorden betrifft, so ist auch hier das total Irrige der Biesterfelder Ausführungen bereits vorweg²⁴⁾ nachgewiesen worden.

Ungemein bezeichnend aber für die Art, wie seitens der Vertreter der Biesterfelder Interessen verfahren wird, ist der Umstand, daß §. 3 der Statuten des rothen Adlerordens vom 23. Juni 1777 in der Gegenerklärung B. insoweit, als von der Nothwendigkeit der Ahnenprobe die Rede ist, abgedruckt wor-

²³⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 91 ff.

²⁴⁾ Ebenda. S. 58 ff. Dort ist auch der §. 3 der Statuten vollständig abgedruckt.

den ist, daß aber gerade der für vorliegende Frage ausschlaggebende, gleich darauf folgende Satz:

„Wir behalten Uns jedoch, in außerordentlichen Fällen, und bei ungemeinen Verdiensten, hierunter, so, wie bei der Anzahl der Ritter, ganz allein vor, als Großmeister, irgend eine Ausnahme zu machen.“

weggelassen wurde.

Dieser Satz ergibt genau das Gegentheil dessen, was Biesterfeldischerseits behauptet wird, er ergibt nämlich, daß der Besitz des rothen Adlerordens das Vorhandensein des Ahnenadels nicht beweist.

Man wird nicht umhin können, zu sagen, daß hier ein sehr merkwürdiges Versehen vorliegt.

Bei dieser Sachlage hat der Verfasser zur Zeit nicht die geringste Veranlassung, an dem bereits früher gewonnenen²⁵⁾ Ergebnisse:

1. „bis die Eltern des Carl Philipp von Unruh nachgewiesen sind, genügt Modesta von Unruh nicht dem von den Vertretern der Biesterfelder Interessen selbst für die Ebenbürtigkeit aufgestellten Mindestanforderung des alten Adels;“
2. „so lange die Eltern des Carl Philipp nicht nachgewiesen sind, genügt der Status der Modesta von Unruh auch dann zur Ebenbürtigkeit nicht, wenn einfacher, niederer, neuer, d. h. ahnenloser Adel schlechthin ausreichend sein würde,“ etwas zu ändern.

²⁵⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 69 und S. 96.

Darin liegt auch, daß die Abstammung des Carl Philipp von Unruh aus der polnischen Linie dieses Geschlechts nicht ausreichend nachgewiesen ist, um daraus Rechte herleiten zu können.

Bei dieser Sachlage ist es vorläufig eigentlich unnöthig, die Frage nach dem Status der Modeste von Unruh, soweit hierfür ihre erst nachzuweisende Abstammung aus der polnischen Linie des Geschlechts von Unruh von Einfluß sein würde, einer Betrachtung zu unterziehen.

Allein der Umstand, daß den Grafen zur Lippe-Biesterfeld die „*probatio vix non diabolica*“ — wie sie von alten Schriftstellern vielfach genannt wird — der Abstammung des Carl Philipp von Unruh und namentlich des Vorhandenseins der erforderlichen Ahnen seiner Tochter Modeste obliegt, läßt es wünschenswerth erscheinen, die Frage, welchen Ebenburtserfordernissen Modesta von Unruh genügt, wenn man annimmt, daß ihr Vater thatsächlich aus der **polnischen** Linie dieses Geschlechts stammte, genauer zu erörtern.

Die Erörterung dieser Frage ist aber um so nöthiger, als man Biesterfeldischerseits auf die Behauptung hinaus zu wollen scheint, daß auf Grund der staatsrechtlichen Sonderstellung des polnischen Adels der Nachweis der Ahnen zur Ebenbürtigkeit nicht erforderlich sei.

Die Frage wird nach einer dreifachen Richtung zu untersuchen sein:

I. Allgemein. Ist die staatsrechtliche Sonderstellung des polnischen Adels eine solche, daß

Damen aus demselben dem hohen Adel des Reichs „gleichzuachten“ sind, oder besitzt der polnische Adel wenigstens „hochadeligen Charakter“?

II. Speziell. Welches ist die staatsrechtliche Stellung des polnischen Zweiges der Familie von Unruh als solcher?

Für beide Fragen sind nur die Verhältnisse der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts oder, genauer gesagt, des Jahres der Eheschließung (1803) in Betracht zu ziehen.

III. Kommen etwaige Vorzüge in der staatsrechtlichen Stellung des polnischen Adels im Allgemeinen oder des polnischen Zweiges der Familie von Unruh insbesondere für den Status der Modeste von Unruh in Betracht?

Bei der Erörterung aller dieser Fragen wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Abstammung Carl Philipps aus der polnischen Linie des Geschlechts von Unruh feststehe. Es wird aber hier nochmals ausdrücklich wiederholt, daß diese Abstammung nicht als genügend nachgewiesen angesehen werden kann, um daraus Rechte herzuleiten.²⁶⁾

²⁶⁾ Der Verfasser hat im Anschluß an dieses Kapitel einen ihm selbst zur Last fallenden Irrthum zu berichtigen. In den „Ahnen der Modeste von Unruh“ findet sich auf S. 55 erwähnt, daß in den Collectanea Königiana eine Notiz vorhanden sei, wonach der Vater des Carl Philipp: „Moriz von Unruh, Capitän-Lieutenant in der sächsischen Garde, seine Mutter eine N. N. von Brünneck gewesen sei.“

König schrieb in seinen Collectaneen „Marit.“, mit einem z-ähnlichen Häfchen am Schluß, als Abkürzung von „Maritus“. Trotz der bekannten Warnung von Clericus — cf. Der Deutsche Herold, X. Jahrgang, 1879, Nr. 5, S. 91 —, für diese Abkürzung bei König

III.

Janeczki beginnt seine Abhandlung mit dem Satz:²⁷⁾

„In dem Streite um die Thronfolge im Fürstenthum Lippe ist bisher stets als selbstverständlich angenommen worden, daß Modeste von Unruh dem niederen Adel angehört hat. Ich glaube mit Unrecht. Man scheint ganz vergessen zu haben, die Geschichte und die staatsrechtliche Stellung des Geschlechts in Betracht zu ziehen, sonst wäre es wohl Niemand in den Sinn gekommen, den obigen Satz so apodiktisch und kategorisch hinzustellen, wie es von allen Seiten geschehen ist.“

Mit Aufstellung dieses Satzes stellte Janeczki den andern Vertretern der Biesterfelder Interessen kein

nicht „Moriz“ zu lesen, glaubte der Verfasser, als er die Ahnen der Modeste von Unruh schrieb, daß hier König wirklich einmal den Vornamen „Moriz“ gemeint habe, und zwar deshalb, weil an der betreffenden Stelle ganz deutlich nicht „Maritz.“, sondern „Moritz“ steht, worauf einige Punkte folgen, sodann, weil in der Familie von Unruh in späterer Zeit der, wie Clericus selbst sagt, seltene Name „Moriz“ mehrfach, mit anderen Vornamen zusammen, vorkommt, so bei Johann Moriz, † 15. Jan. 1836 und Moriz Wilhelm, † 2. Mai 1842. Der Verfasser hat sich aber inzwischen davon überzeugt, daß auch hier nicht „Moriz“, sondern „Marit.“, mit dem Häkchen am Schluß, nämlich „Maritus“ zu lesen ist.

Hiernach ist die Notiz bei König nicht deshalb falsch, weil es damals keinen Moriz von Unruh gegeben hat, sondern nur, weil nie eine Allianz zwischen von Brünneck und von Unruh stattgefunden hat. Somit wird an der Richtigkeit der Behauptung nichts geändert, daß die Aufzeichnung bei König sich als falsch herausgestellt hat.

²⁷⁾ N. a. D. S. 3.

eben rühmliches Zeugniß aus. Indessen das mag er mit diesen ausmachen.

Daß die Resultate, zu denen er gelangt ist, nicht zu billigen sind, wird nachfolgende Untersuchung ergeben.

Janecki geht bei seiner Untersuchung aus von der mit einem großen Apparat von Belegstellen nachgewiesenen politischen Gleichheit des ganzen polnischen Adels, oder mit anderen Worten: von der Thatfache, daß es in Polen politisch und staatsrechtlich keine Unterscheidung zwischen hohem und niederem Adel gab.

Janecki erörtert dann die Rechte und Vorzüge dieses politisch einheitlichen polnischen Adels, welche „denen des deutschen Adels nicht nachstanden, sondern sie in einigen Beziehungen sogar übertrafen,“²⁸⁾

und folgert hieraus, daß der ganze polnische Adel einen „hochadeligen Charakter“ besaßen und das Ebenbürtigkeitsrecht mit dem hohen Adel des hl. römischen Reichs gehabt habe.²⁹⁾

Hiergegen ist vor Allem einzuwenden, daß ein „hochadeliger Charakter“ nicht genügen würde, um eine Ebenbürtigkeit mit dem hohen Adel des Reichs da zu begründen, wo hoher Adel zur Ebenbürtigkeit erforderlich war.

„Hochadeliger Charakter“ ist weniger, als „hoher Adel.“ Das liegt schon im Begriff.

Auch der englische hohe Adel hat „hochadeligen Charakter“, und doch galten Damen aus demselben

²⁸⁾ M. a. D. S. 5.

²⁹⁾ M. a. D. S. 6.

auch ehe man den Begriff des hohen Adels mit dem der Reichsstanderschaft identificirte da nicht als ebenbürtig, wo hoher Adel im Sinne des Reichs verlangt wurde.

Das Gleiche gilt von der ehemaligen sogenannten unmittelbaren Reichsritterschaft. Auch die unmittelbare Reichsritterschaft hatte bis zum Untergang des Reichs einen „hochadeligen Charakter“, sie ist aber nie zum hohen Adel des Reichs gezählt worden.

Will aber Janekfi aus der politischen Gleichheit des ganzen polnischen Adels und aus seinen bedeutenden Rechten und Vorzügen unmittelbar folgern, daß er dem hohen Adel des Reichs auch da, wo die strengsten Ebenburtsgrundsätze galten, ebenbürtig gewesen sei, so würde diese Schlußfolgerung an einem logischen Fehler leiden. Eine solche Ebenbürtigkeit konnte nur dadurch bestehen, daß der hohe Adel des Reichs den polnischen Adel sich „gleichachtete“. Dem hohen Adel des Reichs angehören konnte der polnische Adel als solcher überhaupt nicht, da Polen mit dem Reiche nichts zu thun hatte.

Zu einem Gleichachten des Adels eines Auslandes mit dem hohen Adel des Reichs gehörte als Voraussetzung, daß der Adel dieses Auslandes in einen hohen und einen niederen Adel zerfiel. Traf diese Bedingung zu, so hing es noch von den besonderen historischen Verhältnissen ab, ob ein derartiges Gleichachten des hohen Adels dieses Auslandes thatsächlich platzgriff.

Somit kann sich, wenn die politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse des polnischen Adels

die maßgebenden sind, aus der Janedischen Prämisse, daß der ganze polnische Adel staatsrechtlich einheitlich gewesen sei, nur ergeben, daß der gesamte polnische Adel dem hohen Adel des Reichs nicht gleichzuachten ist.

Diese Konsequenz ist bekanntlich seiner Zeit mit voller Schärfe auch für das fürstliche Haus Radziwill gezogen worden, als Kaiser Wilhelm der Große die Prinzessin Elisabeth Radziwill zu seiner Gemahlin machen wollte.

Man muß sagen, daß hier das Prinzip richtig erkannt, daß aber seine Anwendung falsch war,³⁰⁾ weil eben eine kleine Anzahl polnischer und litauischer Geschlechter, vor Allem die Radziwill, durch Macht, geschichtliche Stellung und vom Kaiser verliehene Titel den übrigen polnischen Adel überragt, gewissermaßen einen hohen Adel Polens gebildet hatten.

Dieses und nichts Anderes hat der Verfasser ausgesprochen, als er den Satz aufstellte,

„daß ganz allgemein der landständische **hohe** Adel, mindestens gewisser ausländischer Gebiete, wie Böhmen, Preußen, Polen, jedenfalls bis über das Jahr 1725 hinaus, selbst in den exklusivsten reichständischen Familien hinsichtlich der Ebenbürtigkeit dem hohen Adel des Reichs „gleichgeachtet“ wurde.“³¹⁾

Dem hohen Adel Polens in diesem Sinne hat die Familie von Unruh nie angehört und den obigen

³⁰⁾ Refule von Stradonitz. Die staatsrechtliche Stellung des Grafen zu Dohna 2c., S. 53 ff.

³¹⁾ Ebenda S. 85.

Satz des Verfassers zum Ausgangspunkt einer Betrachtung zu wählen, welche in dem Satze gipfelt:

„Dieses Ergebniß findet auch Anwendung auf die Familie von Unruh,“³²⁾

beruht entweder auf einem unbegreiflichen Denkfehler, oder es ist absichtlich dem obigen Satze des Verfassers ein Sinn untergeschoben, den dieser Satz gar nicht haben konnte, um dann aus diesem untergeschobenen Sinne Schlüsse zu ziehen.

Jedenfalls will der Verfasser hiermit dagegen Verwahrung eingelegt haben, unter dem hohen Adel Polens etwas Anderes zu verstehen, als einen ganz kleinen Kreis von Geschlechtern.

Was nun die Verhältnisse des gesamten polnischen Adels betrifft, so war derselbe, wie Jancki richtig erkannt hat, gesetzlich und verfassungsmäßig bis in die letzte Zeit der polnischen Republik allerdings gleich und genoß große staatsrechtliche Vorzüge. Dagegen war in thatsächlicher und sozialer Beziehung ein großer Theil des polnischen Adels im letzten Jahrhundert der polnischen Republik derart heruntergekommen, daß jedenfalls um diese Zeit von einer Gleichstellung des gesamten polnischen Adels mit dem hohen Adel des Reichs nicht die Rede sein kann.

Dieses zu beweisen, wird die nächste Aufgabe sein.

Ein treffliches Bild über die Entwicklung des polnischen Adels, welches hier wörtlich wiederzugeben gestattet sein mag, weil das Gesagte nur als durch-

³²⁾ Gegenerklärung B. S. 12.

aus zutreffend bezeichnet werden kann, entwirft das Werk:

Verfassung der Republik Polen
von

Dr. Siegfried Hüppe. Berlin 1887.

Nachdem Hüppe auf das Bestimmteste die gesetzliche und verfassungsmäßige Gleichheit des gesamten polnischen Adels festgestellt hat, fährt er fort:³³⁾

„Seit dem 17. Jahrhundert machte auch der Reichstag ängstlich über formeller Aufrechterhaltung der Gleichheit. Die Const. 1690 spricht zufällig vom kleinen Adel; alsbald erklärte ein folgender Reichstag, das sei ein Versehen, alle Edelleute seien gleich, und weder höheren noch geringeren Adel könne es geben. Als Kardinalrecht wird die Adelsgleichheit im Jahre 1768 aufgestellt und noch die Const. 1791 erkennt sie in voller Kraft an. Und fortwährend in Staatschriften und Staatsreden wurde die Gleichheit des Adels, nicht nur passive, Gleichheit vor dem Gesetz, wie wir jetzt sagen, sondern aktive, als Hauptprinzip des polnischen Staates hervorgehoben. Zamojski erkämpfte mit Betonung dieses Grundrechts 1573 allen Edelleuten die Befugniß, den König persönlich zu wählen. Entzückt von dieser Gleichstellung aller adligen Individuen ruft Górnicki in seiner berühmten

³³⁾ S. 69 ff.

Flugschrift: „Gespräche über die Wahl“ 1578:
 „Sage mir, wo auf der Welt solche Freiheit
 ist! Es gilt die Stimme des ärmsten Edel-
 manns so viel wie die des reichsten Herrn.
 Hier werden die Stimmen gezählt,
 nicht gewogen.“ Stolz meint ein polnisches
 Sprichwort: Ein Edelmann in seiner Sippe
 gleich dem Wojewoden! Als unter den
 Sachsen die ganze politische Beredsamkeit sich
 auf Dank-, Lob- und Glückwunschgefingel
 beschränkte, wurde neben andern unermesslichen
 Vorzügen der Republik die Gleichheit niemals
 vergessen: „Wir sind in unserer Republik“
 perorirte der Herr Kronkuchenmeister als Send-
 bote auf dem Reichstage 1740, „einander alle
 gleich und wissen von Herrschaften nichts . . .
 ein Edelmann, der ein einziges Dorf
 hat, gilt so viel als ein anderer, der ihrer
 tausend hat. Unsere Vorfahren haben den
 polnischen Adel höher gehalten, als alle von
 Kaiser und Königen ihnen angebotenen Digni-
 täten und haben gesagt: *sufficit nos Polonos
 nobiles esse.*“

Dies letzte Axiom soll 1515 von den pol-
 nischen Großen ausgesprochen sein, denen
 Maximilian I. auf dem folgenreichen Congreß
 zu Preßburg goldenes Vließ und reichsfürst-
 liche Würde anbot, und wurde schon im
 16. Jahrhundert oft genug mit Selbstgefühl
 vom polnischen Adel wiederholt.

Mit republikanischem und eigenstaatlichem

Bewußtsein erklärte sich die Nation gegen Lehnstitel, die immer nur von ausländischen Monarchen verliehen sein konnten. Johann Zamojski, Leo Sapieha lehnten mehrmals fremde Adelsnamen und Orden von sich ab. Die Versuchung aber wuchs; der polnische Adlige konnte schon im 17. Jahrhundert nicht verhindern, daß er auf Reisen in Europa Herr Graf titulirt wurde, so nachdrücklich er selbst sich nur als *eques Polonus* bezeichnete.

..... Dennoch wurden im 18. Jahrhundert der Adelstitel immer mehr, trotzdem daß die *Pacta Conventa* der beiden Auguste auf Festhaltung der Gleichheit und Titellosigkeit drangen; Starosten und Senatorenöhne begannen sich öffentlich als Grafen zu unterzeichnen und beim Ausgang des Reichs brach eine Fluth fremder Namen ins Land. So gar der Reichstag fügte sich der herrschenden Gewohnheit, Lehnsbezeichnungen zu dulden und gab den Verwandten des Königs Poniatowski Fürstentitel. Die Theilungsmächte creirten alsdann Grafen und Fürsten in Menge.

Ein Magnatenstand erhob sich in jener Zeit alsdann auch äußerlich über dem gewöhnlichen Adel. Es kam nämlich mit dem Bruch des Staats eine Bewegung zum formellen Abschluß, die seit Jahrhunderten das Land durchgährt hatte, nachdem die mittelalterliche nicht ganz bestimmte Gliederung

des polnischen Adels aufgelöst war. Fortwährend hatte eine lebhaftere Opposition gegen das Prinzip der Gleichheit bestanden; und dieser von den mächtigen Familien ausgehende nicht immer ganz deutlich hervortretende Widerstand war so stark, daß die Gleichheit des Adels in Polen niemals mehr als ein Ideal war.

Eine wahrhafte, in bestehenden Verhältnissen ruhende Gleichheit der polnischen Freien hat niemals bestanden, allerdings auch bis zum Ende des Reichs nie eine in feste Grade getrennte Stufenfolge.

Da jedoch für uns die Verfassung eines Staats in den wirklichen und wirkenden Bedingungen seines Lebens zu suchen ist, so dürfen wir uns nicht mit der Erkenntniß begnügen, daß Gleichheit der Staatsgenossen ein Postulat des polnischen Rechtssystems war; wir müssen uns die Ausnahmen vergegenwärtigen, denen das Prinzip der Gleichheit bei einer materiell so verschieden gestellten Körperschaft unterlag, wie der polnische Adel war.

Seit Landgüter ein wesentliches Kennzeichen des Edelmanns wurden, mußten bald die reichsten Territorialherren für die besseren Edelleute gelten. — Zwar wird diese Konsequenz

offiziell zurückgewiesen, aber privatim nichts desto weniger gezogen.

Die großen Familien ferner, aus denen sich herkömmlich die Räte des Königs rekrutirten, mußten als besonderer Stand über der gewöhnlichen Ritterschaft erscheinen, als ein *ordo senatorius* über dem *equester*. So sprachen dann die Schriftsteller des 16. Jahrhunderts, selbst wenn sie persönlich für unterschiedslose Gleichheit sind, doch mit Anerkennung faktischer Verhältnisse von einem Stande der *proceres*, oder ciceronischer von *optimates* im Gegensatz zur *nobilitas*. Polnisch heißt dann das Mitglied einer hochbürtigen Familie *pan*, gegenüber dem bloßen *szlachcie*. Nur eins fehlte diesem polnischen hohen Adel zur völligen Aehnlichkeit mit dem Herrenstande von Böhmen und der Magnatentafel von Ungarn: er war nicht durch staatliche Autorität nach unten hin abgeschlossen; die Zahl der ihm angehörenden Familien war nicht genau beschränkt, sondern ergänzte sich fortlaufend ohne Geräusch durch Aufnahme einfach ritterlicher, aber allmählich zu Besitz und Ansehn gelangter Häuser.

.....

Ein abgeschlossener, durch erbliche Titel ausgezeichnete und mit politischen bestimmten Vorrechten versehener Magnatenstand hat sich

bis zum Untergang des polnischen Staats nicht bilden können.

.....

.....

Die Größe des Landbesitzes sollte keine Vorrechte gewähren; wer aber ganz ohne Land war, genoß die gleichen Rechte des Adels nicht mit, mochte er immerhin seine Abstammung von einer angesehenen Sippe nachweisen können.

Aus dem alten polnischen Rechtsatz, daß freie Güter nur von freien Leuten besessen werden dürften, daß alle unmittelbar nur dem Könige unterworfenen Grundbesitzer adlig sein mußten, hat sich schon im 14. und 15. Jahrhundert das Prinzip entwickelt: alle Edelleute mußten Grundbesitz haben. Nicht die ritterliche Geburt genügt mehr zum vollen Genuß der Privilegien, nur wer zugleich bene natus und possessionatus ist, gilt seinen Brüdern gleich. Der Besitzlose, der impossessionatus (gołota, Habenichts), wird streng in den Gesetzen und gewohnheitsrechtlich vom possessionatus geschieden. Passiv unterliegt er andern Prozeß, andern Strafen; aktiv hat er kein Recht auf öffentliche Aemter und auf Theilnahme an Staatsberathungen. Const. 1505 und 1569.

Die Folge dieses Rechtsgrundsatzes war eine bis ins Unendliche gehende progressive Theilung der Familiengüter. Kein Sohn

sollte ohne Erbe bleiben. Daher entwickelte sich dann in manchen Gegenden Polens, wo die Zahl der Volfreien sich durch die Jahrhunderte des Mittelalters unzersplittert erhalten hatte, schlimmer Pauperismus.

„Acht Edelleute von Ozmiana, sagt ein polnisches Sprichwort, führen eine Ziege zu Markt.“ In Massovien, wo die Zahl der Edelleute zeitweise die Hälfte der Bevölkerungsziffer erreichte, war es nicht selten, adlige Güter von dem Umfange eines magdeburgischen Morgens zu sehen, auf denen der glückliche Besitzer grub und jätete, barfuß, aber Sporen an den Fersen, einen alten Säbel ohne Scheide, oder eine Scheide ohne Säbel an der Seite. „Setzt sich ein Hund auf das Gut eines Ritters, spottete der russische Bauer, so reicht sein Schweif auf den Grund des Nachbarn.“

Und doch kam es trotz dieser Güterzersplitterung dahin, daß ein bedeutender Theil des Adels ohne Landbesitz war. So hob denn die Gewohnheit in späterer Zeit nicht die Beschränkungen der *impossessionati* auf, aber sie dehnte die Rechte der Angeesehenen auf deren nahe Verwandte und adlige Diener aus, Const. 1768, hierin, wie immer nur den bereits geltenden Gebrauch bestätigend.

Eins der eigenthümlichsten Verhältnisse in Polens Kulturgeschichte ist die Dienstbarkeit, in der ungefähr die Hälfte des polnischen

Adels der Kopfzahl nach bei den Magnaten stand. Die Hofhaltungen der Großen des Landes und ihre Gefolge bei Reichstagen und Landtagen bestanden fast durchweg aus armen Edelleuten. Der Besitzlose, ohne solchen Anhalt, war der Adelsgleichheit nicht theilhaftig.“

Soweit Hüppe.

Ein anderes Werk:

Dr. Richard Roepell.

Polen um die Mitte des 18. Jahrhunderts.

Gotha 1876.

verbreitet sich über die hier in Betracht kommenden Verhältnisse, wie folgt:³⁴⁾

„Diese Republik aber war ihrem Staatsrechte nach zwar insofern eine Demokratie, als jeder Edelmann dem andern in Rechten und Pflichten gesetzlich völlig gleichstand, und die fürstlichen und gräflichen Titel, welche einzelne Familien führten, diesen auch nicht das geringste politische Vorrecht vor dem ärmsten Edelmann gewährten. — Diese Rechtsgleichheit drückt das polnische Sprichwort: „Szlachzić na zagrodzie, rowny wojewodzie“ („der Edelmann auf seinem Morgen Landes ist gleich dem Wojwoden“) aus. — Auch lag der Form nach auf allen Land- und Reichstagen noch immer die Entscheidung in der Hand der Adelsmasse, und jeder einzelne Edelmann konnte durch sein nie pozwalam

³⁴⁾ S. 6 ff.

(ich will nicht) in jedem Augenblick Land- und Reichstage zerreißen und hierdurch jeden Beschluß derselben verhindern. Aber diese Freiheit, deren die Nation sich rühmte, in deren Bewußtsein der Pole mit Stolz, ja Hochmuth auf alle andern Völker herabsah, war im Wesentlichen doch mehr Schein als Wirklichkeit, und die Republik mindestens eben so sehr eine Oligarchie als Demokratie. Denn thatsächlich stand die Entscheidung aller wichtigen Dinge dort schon lange nicht mehr bei dem Massenadel, **sondern bei den großen Familien des Landes, den sog. Magnaten oder „Herrn“** (panowie), wie sie *zaczęli* im Lande selbst genannt wurden. Sie regierten thatsächlich das Reich, soweit damals überhaupt von einer Regierung noch die Rede sein kann.

An Grundbesitz, Reichthum und Bildung allen mittlern und kleinern Adel weit überragend — man berechnete das Einkommen der Potocki, Radzivil, Sapieha, Lubomirski, Czartoryski u. a. nicht nur nach Hunderttausenden, sondern auch Millionen —, in fast ausschließlichem Besiz aller Einfluß und Macht verleihenden Aemter [diese Aemter waren in bestimmten Landschaften so regelmäßig in dem Besiz ein und derselben Geschlechter, daß sie gewissermaßen erblich waren, nur nicht immer von Vater auf Sohn. So waren z. B. in der Wojwodschaft Lublin seit

den ältesten Zeiten nur die Firley, Tarlo, Lubomirski, Zamoycki Wojwoden, Kastellane und Starosten! Ja es fehlt nicht an Beispielen, daß die Starosten und andere Ämter, wie eine Aussteuer vom Schwiegervater auf den Schwiegersohn übergingen und selbst Wittwen und geschiedene Frauen solche in die neue Ehe dem zweiten Mann gleichsam als Mitgift mitbrachten. Hierzu war allerdings eine Bewilligung des Königs nothwendig. Allein gar häufig ließ man sich gleich bei der ersten Verleihung dieselbe mit dem sog. *jus communicativum* geben, d. h. man erhielt das Recht, dieselbe auch auf Andere übertragen zu dürfen. Die höchste Landwürde, zu der es ein *szlachcic* (gewöhnlicher Edelmann, der nicht zu den Familien der „Herren“ gehörte) zu bringen pflegte, war das Amt des sog. Unterkämmerers eines bestimmten Bezirks (*podkomorstwo*), ohne das Gegengewicht eines starken Königthums, gab den „Herren“ diese ihre soziale und politische Stellung die Mittel jeder Art in die Hand, um sich unter der Masse des Adels eine Klientel zu bilden, welche durch die mannigfaltigsten persönlichen und öffentlichen Rücksichten mit ihnen verbunden und von ihnen abhängig war. Hunderte und Tausende vom Adel (*szlachta*) standen an den Höfen, bei den Hausgruppen, bei der Güterverwaltung dieser „Herren“ in deren unmittelbaren Dienst; andere hingen als Pächter, Pfandinhaber ein-

zelner Güter, als Schuldner oder Gläubiger von ihnen ab; noch andere suchten und fanden im Anschluß an sie den Weg emporzukommen, oder den Schutz, den ihnen weder die Krone, noch die Gerichte, noch irgend eine öffentliche Gewalt als solche gewährte. [Auch diese Klientelverhältnisse waren gewöhnlich faktisch erblich. Die Eltern, welche im Dienst oder durch Anschluß an gewisse Herrengeschlechter emporgekommen waren, gaben ihre Söhne und Töchter, sobald sie das Kindesalter hinter sich hatten, zur Erziehung und Dienst an die Höfe derselben Herren, welche oft ganze Scharen solcher adlichen Jugend auf ihre Kosten erzogen, die Töchter verheiratheten und die Söhne auf mannigfaltige Weise versorgten. Sie liebten es, bei öffentlichen Gelegenheiten in Mitte ihrer zahlreichen Hofleute, Diener und Klienten zu erscheinen, welche zugleich für alle Fälle ihre schlagfertige Leibwache waren. Als im Jahre 1778 Fürst Stanislaw Lubomirski, Woiwode von Kiew, zum Landtage (seymik) nach Zytomierz kam und zur Eröffnung desselben nach der Kathedrale fuhr, begleitete ihn eine Kavalkade von 85 Hofleuten, und hinter ihm folgten eben so viele Diener (pacholiki), alle zu Pferde, in prächtigen Kleidern und mit glänzendem Reitzeug. S. Schofi, Pamietniki I, 149, 150.]

Denn Gesetz und Recht waren längst zu todtten Buchstaben geworden und an deren Stelle, diesen Zuständen ganz entsprechend, die

„Protektion“ getreten. Auf allen Stufen der Gesellschaft, fettenartig von oben nach unten alle Stände und Klassen umfassend, war sie die Alles, die höchsten öffentlichen wie die niedrigsten persönlichen Interessen, entscheidende Macht. Vom Könige und dessen Regierung hatte der Massenadel nichts zu hoffen und nichts zu fürchten; desto mehr aber von denen, deren Protektion naturgemäß die weitreichendste, also gesuchteste war, von den „Herren“. Sie standen, jeder in seinem Kreise, bald mehr, bald weniger als Herrscher da und fühlten und wußten sich als solche sicherer als der gewählte König in Warschau. Wohl redeten sie noch immer nach alter Sitte in den Versammlungen aller Art den Massenadel als ihre „Herren Brüder“ an, aber daneben behandelten sie mit Stolz und Hochmuth, ja mit offener Miß- und Verachtung den geringen Edelmann, der seinerseits, eben weil er ihrer Gewalt und Willkür in der Regel schutzlos preisgegeben war und ihrer Protektion nicht entbehren konnte, sich ihnen gegenüber dulndend, demüthig und oft genug selbst kriechend verhielt. Die bekannten im Verkehr mit den „Herren Brüdern“ gebräuchlichen Redeformen, wie: „ich falle dem Herrn zu Füßen“, „ich küsse des Herrn Füße“, „ich bin ein unwürdiger Fußschemel des Herrn“, charakterisiren treffend das ganze Verhältniß, in welchem die „Herren“ und der Massenadel trotz aller so gerühmten

Rechtsgleichheit zu einander standen. [Vgl. Rajetan Rozmian, Pamielniki I, 156: „Die Freiheit, Einfluß und Macht gehören den „Herren“ allein: der kleinere und ärmere Adel diente, froh und erniedrigte sich.“ Staszic, Uwagi, S. 160: „Kein Bürger und kein Bauer kennt in irgend einer Monarchie die niedrige Unterwürfigkeit (podłość), an welche der polnische kleine Edelmann in der freien Republik gewöhnt ist.“] Eine Flugschrift aus der Zeit des vierjährigen Reichstages (1788—92) sagt sehr charakteristisch, die Starosten sähen auf den kleinen Edelmann herab, wie die Cedern des Libanon auf das kleine Gesträuch und Gestrüpp. Vgl. Pilat im Przegląd Polski 1871, November, S. 267. Diese höchst interessanten und lehrreichen Artikel „Ueber die politische Literatur der Polen während des vierjährigen Reichstages“ sind als besondere Schriften in Krakau erschienen.

Solche Verhältnisse, von Generation zu Generation sich vererbend, konnten aber nicht anders als seelenverderblich sowohl auf die wirken, welche die Macht hatten und übten, als auch auf die, welche sich in der einen oder der andern Weise mit jenen zu stellen, sich abzufinden gezwungen waren. Und da das System der Protektion sich, wie gesagt, durch alle Schichten und durch alle Verhältnisse der Gesellschaft und des Lebens hindurchzog, entsittlichte es je länger je mehr die gesamte

Nation. Der Sinn und die Achtung vor Recht und Gesetz verschwanden fast gänzlich. Die „Herren“ konnten sich Alles erlauben und erlaubten sich Alles; und die Schlachta war für Alles, was die „Herren“ nur wünschten und wollten, zu haben.“

Soweit Roepell, der, wie hier nochmals hervorgehoben werden muß, speziell die Verhältnisse des 18. Jahrhunderts schildert.

Das Gleiche thut das Werk von Ferrand. —

A. F. Cl. Ferrand, *Les trois démembrements de la Pologne*. Paris 1865 —

Ferrand sagt:³⁵⁾

„deux noblesses s'établirent: l'une eut exclusivement la richesse et le pouvoir et ne laissait à l'autre que l'honneur, ou plutôt l'humiliation d'être à son service. Cette seconde noblesse, dont l'existence tout entière dépendit alors de celle à qui elle se louait, tomba bientôt dans une servitude politique et domestique: politique, parce que dans les assemblées, où elle réclamait toujours le droit de voter, elle votait toujours d'après l'ordre ou au moins d'après la suggestion du citoyen riche ou puissant à qui elle appartenait; domestique, parce qu'elle remplissait chez lui plusieurs fonctions de la domesticité. Ainsi, en conservant les mêmes noms, la constitution, qui dans la théorie restait la même, se trouva changée par le fait . . .

³⁵⁾ Bd. I. S. 40 f.

. Dans sa constitution la Pologne n'avait eu qu'une noblesse, dans ses usages, elle en eut deux.“

Soweit Ferrand.

Wenn diesen Ausführungen genauer Kenner der polnischen Geschichte noch zwei Zeugnisse von Personen angereiht werden, welche als Zeitgenossen der geschilderten Zustände zu betrachten sind, so soll ihnen damit nicht die gleiche Bedeutung, wie jenen beigelegt werden, aber als Zeugnisse von Zeitgenossen sind sie werthvoll und, wenn sie auch sich in etwas kräftigen Ausdrücken ergehen, so ist die Art, wie sie sich ausdrücken, doch charakteristisch.

So heißt es in der „Reise eines Liefländers nach Warschau“, ³⁶⁾ geschrieben 1795:

„Wenn aber irgend ein Umstand die nicht adeligen Bewohner von Polen über ihre Hilflosigkeit trösten kann, so ist es der, daß der größte Theil des Adels nicht weniger und noch empfindlicher von dem kleinern, aber reichern und deshalb mächtigern Theile seiner Mitglieder gedrückt und verachtet wird. Eine allgemeine Freiheit und Gleichheit ist vielleicht nirgends so sehr Hirngespinnst, als in Polen, wo die ganze Verfassung und die ganze Reihe von Gesetzen, aus denen sie hervorgeht, auf beiden gebauet ist; und es giebt schwerlich ein zweites Land, wo man, in wichtigen und unwichtigen Dingen, so begierig nach Unter-

³⁶⁾ Berlin 1795. Heft II. S. 87 ff.

scheidungszeichen wäre und wo man mit so fruchtbarer Erfindungskraft die Anzahl derselben so vermehrt hätte. Vergebens schmeichelte man sich damit, daß es nur äußerer, gleichgültiger Prunk sei, und daß weder Ehrenstellen noch Ordensbänder den Werth des Edelmannes erhöhen, noch denselben, wenn er ihrer ermangelt, herabsetzen könnten. Man sieht alle Tage, daß der Titel eines Voivoden oder Kastellans und der Anblick eines blauen und rothen Bandes Thüren schnell öffnen, die vor dem Edelmann, der nichts von dem allen ist und hat, verschlossen bleiben, und daß betitelte und behänderte Brüder über andere, die es nicht sind, in Bewerbungen um Würden und Aemter, wie in Rechtshändeln, Siege davontragen, die sie nicht dem Verdienst und dem Rechte, sondern allein diesem, für unbedeutend gehaltenen, Uebergewichte zu danken haben. Sonach ist zwar der ärmere polnische Edelmann als Edelmann frei und unabhängig, aber als armer Edelmann der Knecht seines reicheren Bruders; so ist er als dummer Edelmann so viel als der fluge, aber als dummer Mann des letztern verächtliches Spielwerk.“

Ueber die in Dienstbarkeit bei den Großen befindlichen Edelleute speziell sagt der Abbé Coyer (1761):³⁷⁾

³⁷⁾ Histoire de Jean Sobieski par l'Abbé Coyer. Warshaw 1761. Bd. I S. 128. Ebenso in der deutschen Ausgabe. Leipzig 1762. S. 72.

„Cette Noblesse si libre, si fière, n'a pas honte de se mettre au service des plus puissans pour gagner un salaire dans les fonctions les plus basses. Ce Gentilhomme sous la livrée fait-il une faute? Le canchou (un fouet) le corrige. Mais on lui met un tapis sous les genoux par respect pour sa généalogie.“

Nach allen vorstehenden Schilderungen des Zustandes des polnischen Adels im 18. Jahrhundert, die im Großen und Ganzen durchaus zutreffend sind, kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die von Janeczki behauptete Gleichheit des polnischen Adels nur auf dem Papier noch bestand, daß aber an ihre Stelle in der Wirklichkeit eine tiefgreifende Ungleichheit getreten war. Die gesetzliche Gleichheit war einer so starken tatsächlichen und sozialen Ungleichheit gewichen, daß im 18. Jahrhundert von einer Gleichstellung des gesamten polnischen Adels mit dem hohen Adel des Reichs sicher nicht die Rede sein kann.

Hier wird deutlich, welcher Fehler der Darstellung und Auffassung Janeczki's zu Grunde liegt. Er hat nur das geschriebene, formell noch bestehende Recht berücksichtigt, das daraus allmählich historisch gewordene hat er übersehen.

Er hat Verhältnisse geschildert, wie sie in früheren Jahrhunderten in Polen bestanden haben mögen; daß sie im 18. Jahrhundert nicht so bestanden, ist ihm nicht deutlich geworden.

Grade das 18. Jahrhundert und die Verhältnisse nach Untergang der polnischen Republik sind aber die für vorliegende Frage maßgebenden.

Daß ein Adel, dessen der Zahl nach weitaus überwiegender Theil sozial so deklassirt war, wie es die obigen Schilderungen ergeben, so deklassirt, daß er sogar in häusliche Dienste bei den Großen trat, nicht in seiner Gesamtheit vom hohen Adel des Reichs letzterem gleichgeachtet worden sein kann, mindestens in Bezug auf die Ebenbürtigkeit da nicht, wo strenge Ebenburtsgrundsätze galten, ist einleuchtend.

Wenn also die auf dem Papier bestehende verfassungsmäßige und gesetzliche Gleichheit ein Hinderniß dafür sein soll, hinsichtlich der Ebenburt mit dem hohen Adel des Reichs zwischen den Großen und dem übrigen Adel einen Unterschied zu machen, so könnte die Folge hiervon wegen der thatsächlichen sozialen Verhältnisse des polnischen Adels im 18. Jahrhundert nur die sein, daß eben im 18. Jahrhundert auch die Großen, weil sie ebenso beurtheilt werden müssen, wie der übrige Adel, dem hohen Adel des Reichs nicht gleichzuachten, demselben nicht ebenbürtig sind.

Das oben theoretisch gewonnene Resultat ist also dem aus den geschichtlichen Verhältnissen sich ergebenden gleich: unter der Voraussetzung, daß die theoretisch noch bestehende politische, gesetzliche Gleichheit für die Frage nach der Ebenbürtigkeit mit dem hohen Adel des Reichs maßgebend ist, ist der polnische Adel in seiner Gesamtheit dem hohen Adel des Reichs nicht ebenbürtig, wenn in den betreffenden hochadeligen Familien strenge Ebenburtsgrundsätze gelten.

Wenn dagegen die gesetzliche Gleichheit belanglos ist und die thatsächlichen Verhältnisse die ausschlag-

gebenden sind, dann ist wegen der tiefen Kluft, die in sozialer Hinsicht den polnischen Adel trennte, nur der kleinere Theil: die Großen, die Herren für die Ebenbürtigkeit mit dem hohen Adel des Reichs, wo strenge Ebenburtsgesetze galten, überhaupt in Betracht zu ziehen.

Daß von einem Gleichachten des polnischen gesamten Adels seitens des hohen Adels des Reichs nicht die Rede sein kann, ergibt übrigens schon allein die Zahl der polnischen Edelleute.

Von Moeden giebt im Jahre 1877 in seinem Handbuch der Erdkunde (Bd. III) die Zahl der polnischen Edelleute auf 57 575, die der sogenannten sagonkowa oder kleine Landstücke besitzenden Schlachta auf 23 983 Seelen an. Scheidet man letztere, weil gelegentlich Freibauerngeschlechter für Edelleute angesehen werden, ganz aus und setzt die obige Zahl, um dem Einwande zu begegnen, daß der polnische Adel sich erst im 19. Jahrhundert durch starke Vermehrung auf rund 57 000 Kopf belaufen habe, um etwa die Hälfte, nämlich auf 30 000 Seelen herab, so hat man eine Zahl, die sicher weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Die Janekische Theorie vom hohen Adel der Schlachtzigen bereichert also den hohen Adel für den Anfang unseres Jahrhunderts um über 30 000 Kopf. Sehr glaubhaft! Unbegreiflich wäre es aber dann, daß der hohe Adel des Reichs bei der, da der Begriff des hohen Adels sich allmählich immer mehr verringert hatte, notorisch häufigen Schwierigkeit, hochadelige Gemahlinnen zu finden, sich diese so selten aus der polnischen Schlachta geholt hat.

Das Gesamteresultat vorstehender Betrachtung ist also, daß jedenfalls nicht der gesammte polnische Adel dem hohen Adel des Reichs gleichzuachten ist, selbst nicht zu einer Zeit, in welcher der Begriff des hohen Adels mit dem der Reichsstandschafft noch nicht ganz oder nahezu zusammenfiel, wovon im weiteren Verlauf dieser Untersuchung noch zu handeln sein wird.

Es kann vielmehr nur ein Theil des polnischen Adels für die Frage, ob polnischer Adel überhaupt dem hohen Adel des Reichs gleichgeachtet werden kann, in Betracht kommen.

Es wird sich nun fragen, welcher Theil dieses ist.

Für diese Frage ist es ungemein schwierig, zu einer einfachen Antwort zu gelangen, weil der polnische Adel einer staatsrechtlichen, leicht erkennbaren Gliederung entbehrte.

Es wird sich fragen, ob nur ein ganz kleiner Kreis besonders mächtiger, durch hohe kaiserliche Titel (wie z. B. die Reichshertze und Reichsfürsten von Radziwill) ausgezeichneten Geschlechter für das 18. Jahrhundert dem hohen Adel des Reichs gleichzuachten ist, oder ob ein größerer Kreis, etwa die senatorischen Geschlechter.

Es soll hier nur bemerkt werden, daß der Verfasser erstere Ansicht für die richtige hält. Der Verfasser ist der Ansicht, daß in der späteren Zeit höchstens etwa 30 Familien des polnisch-litauischen Adels in Folge besonderer Verhältnisse dem hohen Adel des Reichs gleichzuachten sind. Welche dieses sind, ist nur durch Studium dieser besonderen Verhältnisse

zu erkennen. Mit der Ausbildung des Sages, daß hoher Adel und Reichsstandschafft ganz oder nahezu zusammenfällt, verloren auch diese Geschlechter die Ebenbürtigkeit mit denjenigen Familien des hohen Adels des Reichs, in denen strenge Ebenburtsgrundsätze galten, wenn sie nicht, wie bei den Radziwiłł, einmal durch besonderen Akt ausgesprochen war.³⁸⁾

Daß zu diesem kleinen Kreise der mächtigsten Geschlechter, den der Verfasser in der Abhandlung über die staatsrechtliche Stellung der Grafen zu Dohna als „hohen Adel“ Polens bezeichnete,³⁹⁾ das Geschlecht von Unruh nie gehört hat, ist unbestritten.

Es wird sich also fragen, ob im 18. Jahrhundert ein größerer Kreis des polnischen Adels dem hohen Adel des Reichs gleichzuachten ist, welches dieser Kreis ist, und ob das Geschlecht von Unruh diesem Kreise angehörte oder nicht.

Wenn aber ein größerer Kreis des polnischen Adels dem hohen Adel des Reichs gleichzuachten ist, so kann dies nur der Herrenstand (cf. die früher wiedergegebenen Ausführungen von Hüppe, Roepell und Ferrand), der Kreis der senatorischen Geschlechter sein.

Daß man übrigens in der päpstlichen Kanzlei die gewöhnliche Schlachta nicht höher stellte, als den einfachen niederen Adel des Reichs, ergeben die Anredeformen.⁴⁰⁾

³⁸⁾ cf. die staatsrechtliche Stellung der Grafen zu Dohna. S. 55 und S. 85.

³⁹⁾ A. a. O. S. 85.

⁴⁰⁾ Lünig. Theatrum ceremoniale. Bd. I, Anhang, S. 372 f. Es ist im Verlauf der Lippischen Thronfolgefrage mehrfach aus-

Der Papst schrieb an Reichsgrafen (Beispiele: Clemens IX. an den Grafen Bentheim; Innocenz XI. an den Grafen Stahremberg):

„Dilecte fili, Nobilis vir“,

im Kontext:

„Nobilitas tua“.

Innocenz XII. schreibt an den Großschatzmeister des Großherzogthums Litauen:

„Dilecte Fili, Nobilis vir“,

im Kontext:

„Nobilitas Tua“.

Innocenz XII. schreibt an den Senat des Königreichs Polen:

„Dilecti Filii, Nobiles Viri“,

im Kontext:

„Nobilitates Vestrae“;

und an den ganzen Adel des Königreichs Polen:

„Dilecti Filii“,

im Kontext:

„Vos“.

Aus letzterer Form folgt, da sie die an den niederen Adel anderer Länder gebräuchliche ist, daß die päpstliche Kanzlei die Schlachta Polens weder

gesprochen worden, daß Anreden und Titulaturen nichts beweisen. Diese Meinung muß als eine irrige Uebertragung heute im Kreise des Publikums geltender Anschauungen (in Preußen wird z. B. noch heute offiziell bestimmten Anredeformen eine ganz bestimmte Bedeutung beigelegt) auf den Gebrauch der Staatskanzleien und die Anschauung früherer Zeiten, bezeichnet werden. Wären diese Dinge damals belanglos gewesen, so hätte nicht Lünig viele hundert Folio-Druckseiten über diese Fragen geschrieben.

dem hohen Adel des Reichs gleichachtete, noch sie mit den Senatoren auf die gleiche Stufe stellte.

Es zeigt sich sodann, daß die päpstliche Kanzlei dem Kronschatzmeister von Litauen dieselbe Anredeform giebt, wie einem Reichsgrafen.

Es wird sich demgemäß also fragen, ob das Geschlecht von Unruh den senatorischen Geschlechtern zuzuzählen ist, und da diese Frage, wie sich alsbald zeigen wird, zu verneinen ist, ob Familien, in denen zwar keine Senatoren, wohl aber Starosten mit Jurisdiktion vorkommen, den senatorischen Geschlechtern zuzuzählen sind.

IV.

Im vorhergehenden Kapitel ist nachgewiesen worden, daß jedenfalls im 18. Jahrhundert die polnische Schlachta dem hohen Adel des Reichs nicht gleichzuachten ist. Man nehme aber an, das Gegentheil sei richtig. Angenommen, die ganze polnische Schlachta wäre wirklich in Folge ihrer staatsrechtlichen Sonderstellung, in Folge ihrer Rechte und Vorzüge⁴⁰⁾ dem hohem Adel des Reichs damals noch gleichzuachten, so wird eine sehr wichtige und ausschlaggebende Frage doch die sein, ob der polnische Zweig der Familie von Unruh zu der in Betracht kommenden Zeit, diese Rechte und Vorzüge des gesammten polnischen Adels ungeschmälert genoß.

Das Geschlecht derer von Unruh war, wie feststeht, ein dissidentisches.

⁴⁰⁾ Janecz. S. 29 ff.

Nun wurden den Dissidenten in Polen nach und nach alle diejenigen Rechte und Vorzüge genommen, aus denen Janeczki seine Theorie vom hohen Adel der Schlachtzigen herleitet.

Man höre darüber Lengnich:⁴¹⁾

„Haud facile quemquam fugiet, esse in Polonia, praeter Romanos catholicos, ab his segregatos, dissidentes in religione Christiana vulgo dictos, quibus ut Romanis catholicis, ad dignitates et bona regia patebat aditus, ita tamen ut in dies redderetur difficilior. Sunt centum circiter anni (also seit etwa 1660) ex quo nullus illorum in Senatum receptus, minora interea munia obeuntes, neque ulla erat lex, quae eos aut Senatu aut aliis dignitatibus aut regiis bonis arceret. Augustus II. in conferendis dignitatibus Senatoriis & capitaneatibus (Starosteien) cum iurisdictione, se continuum usum et antiquam praxin, qualis sub Joanne Casimiro, Michaele, Joanne III. viguit, observaturum, in pactis suis promisit, Menonistas, Anabaptistas, Quackeros excipiens & leges in Arrianos olim latas repetens.

.....
Sed per confoederationem a. 1733, illis (i. e. dissidentibus) via ad omnia munia & capitaneatus, quibus est iurisdictio, praecluditur, ut tamen dignitates quas habent retineant.⁴²⁾ Legem

⁴¹⁾ Jus publ. Pol. Lib. II. Cap. XI. §. XII. 2. Aufl. 1765.

⁴²⁾ Volumina legum. VI, 581.

hanc interregni tempore, dissidentibus ad conclave nuntiorum non admissis, latam, constitutio a. 1736 probavit.⁴³⁾ In comitiis convocationis a. 1764 prior confoederatio anni 1733, et quae a. 1736 secuta constitutio confirmabatur, quod pariter in pactis conventis fiebat, ut tamen legitimi bonorum Regiorum possessores rigori, qui in comitiis convocationis adversus dissidentes decretus, eximerentur.“

Diese Angaben werden vollkommen bestätigt durch Ausführungen von Jöfel:⁴⁴⁾

„Seit 1670 war kein Dissident mehr Senator; seit dem Tode Peters von Unruh aus dem Hause Birnbaum Herrn auf Smerzenc war keiner Beyfizer beym Tribunale, seit endlich der von mir oben erwähnte Piotrowski, 1718 aus der Landbotenstube verwiesen ward, war keiner mehr Landbote. Es ist also gar nicht zu verwundern, daß alle diese Bedrückungen so leicht den Dissidenten zugesügt werden konnten, weil sie unter den Senatoren und Landboten keine Vertheidiger ihrer Rechte mehr hatten. Diese Fähigkeit Landboten zu werden, wurde ihnen bey dem Reichstage 1733 wiederholt abgesprochen und erklärt: daß sie in der Landbotenstube, bey den Tribunalen und Kom-

⁴³⁾ Volumina leg. VI, 656.

⁴⁴⁾ Franz Jos. Jöfel. Pohlens Staatsveränderungen und letzte Verfassung. Wien 1803. Theil II, S. 130 ff.

missionen keine Aktivität mehr haben, auch keine Ehrenämter besitzen sollen. Jedoch wurden von dieser Verfügung die damaligen Besitzer ausgenommen. Es bestätigte auch August III. 1736 im Wahlvertrage ihnen bloß den Religionsfrieden und Sicherheit. Auch auf dem Konföderationstage 1764 nach August III. Tode geschah für die Dissidenten keine Abhilfe, es wurde ihnen nur für ihre Personen und Güter Sicherheit und Gleichheit des Adels versprochen, allein mit Vorbehalt der schädlichen Konstitutionen von 1717, 1733, 1736. Ebenso wenig wurde in dem Wahlvertrage Königs Stanislaus Augusts an sie gedacht“

Aus diesen Gesetzen gegen die Dissidenten ergibt sich nun mit aller Bestimmtheit zweierlei:

1. Grade in den für die Geburt Carl Philipps von Unruh in Betracht kommenden Jahrzehnten fehlten den dissidentischen Adelsgeschlechtern die wesentlichsten derjenigen politischen Rechte und Vorzüge, aus welchen Janeczki seine Theorie vom hohen Adel der Schlachtzigen herleitet. Falls also diese politischen und staatsrechtlichen Vorzüge für die Ebenbürtigkeit mit dem hohen Adel des Reichs das Ausschlaggebende sein sollen, sind die dissidentischen Geschlechter, eben weil ihnen im 18. Jahrhundert diese Vorzüge fehlen, sicher in diesem Jahrhundert dem hohen Adel des Reichs nicht mehr gleich zu achten.

2. Die dissidentischen Geschlechter hatten im 18. Jahrhundert die Fähigkeit verloren, dem sogenannten Karmoisinadel (den senatorischen Geschlechtern) anzugehören. Geht man also von der Voraussetzung aus, daß nicht die gesetzliche, theoretische Gleichheit, sondern die tatsächliche, soziale Ungleichheit, die Trennung des polnischen Adels in senatorische Geschlechter und die gewöhnliche Schlachta und das den senatorischen Geschlechtern Angehören für die Ebenbürtigkeit mit dem hohen Adel des Reichs das Ausschlaggebende sein soll, so sind die dissidentischen Geschlechter, weil ihnen der Senat im 18. Jahrhundert verschlossen war, sicher in diesem Jahrhundert dem hohen Adel des Reichs nicht mehr gleich zu achten.

Nun sind allerdings im Jahre 1767 durch ein in verfassungswidrigen Formen auf Betreiben Preußens und Rußlands zu Stande gekommenes Gesetz — eigentlich war es ein Traktat zwischen Rußland, Preußen, Dänemark, England und Schweden einerseits und dem Könige von Polen andererseits —:

„alle in den Konföderationen und Konstitutionen 1717, 1733, 1736, 1764, 1766, enthaltene, den Dissidenten schädliche Punkte als aufgehoben erklärt.

Sie erhielten ein *judicium mixtum*.

Endlich wurde ihnen auch erklärt, daß sie wieder zu Senatoren, Landboten, Minister und Tribunalbesitzer-Stellen fähig sind, daß sie königl. Güter, Starosteyen besitzen können,

und die dissidentischen Bürger gleiche Rechte mit den Katholiken haben.“⁴⁵⁾

Nun soll dahingestellt bleiben, ob das verfassungswidrige Zustandekommen dieser Aufhebungen, dieses Umschwunges zu Gunsten der Dissidenten, worüber sich Ziotecki⁴⁶⁾ wie folgt verbreitet, für vorliegende Frage von Belang ist:

„Hi Dissidentium res spectantes articuli aliaeque leges „cardinales et materiae status“ dictae in formam foederis perpetui constituti inter Rempublicam et Russiam relatae sunt; cum Borussia quoque Respublica simile foedus die 24. Febr. 1768 statuit. Quam contra leges et constitutiones Reipublicae Dissidentes restituti sint in pristinum rerum privilegiorumque statum; quam porro contra jus novissimis comitiis actum sit, neminem, qui exploratas et perspectas habet Reipublicae Poloniae constitutiones, fugiet. Ad illud enim tempus leges non valebant nisi communi omnium nuntiorum consensu in comitiis constitutae et vel in comitiis a. 1766 „liberum veto“ ab aulis foederatis Russia et Borussia ut staret et valeret decretum erat itaque irritae factae omnes in abolendo eo constitutiones. Nihilo secius in comitiis a. 1767—1768 praecisis omnibus disceptationibus leges constituendae quatuor decemviratui traditae sunt.“

⁴⁵⁾ Zefel. M. a. D. S. 133.

⁴⁶⁾ Boleslaus Ziotecki. Que fuerint Dissidentium in Polonia jura et privilegia, cur amiserint et quomodo recuperaverint. Halle 1873. (Dissert.) S. 64 f. cf. die dort Seite 63 f. angegebene Litteratur.

Es kann obige Frage dahin gestellt bleiben aus zwei Gründen.

Der erste ist der, daß Carl Philipp von Unruh seit spätestens 1750 mit Polen in keinerlei rechtlichem Zusammenhang mehr stand und bis zu seinem Tode preußischer Offizier gewesen ist. Gesezt also, er habe tatsächlich aus der polnischen Linie der Unruh gestammt und sei als *eques Polonus* geboren, so ist er, weil sein Geburtstag in den Anfang der dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts fällt, unter der Herrschaft der strengsten Gesetze gegen die Dissidenten geboren. Nachher hat er, wie später zu zeigen sein wird, die Eigenschaft eines *eques Polonus*, wenn er sie überhaupt je besessen hat, verloren. Der Umschwung zu Gunsten der Dissidenten vom Jahre 1767/68 kann daher auf seinen Status keinerlei Wirkung ausüben.

Der zweite Grund ist der, daß bereits im Jahre 1775 der Traktat von 1767 wieder Modifikationen zu Ungunsten der Dissidenten erfuhr.

Es wurde nämlich im Jahre 1775 bestimmt, daß

- „1. die Dissidenten von allen Senat- und Ministerstellen von Pohlen und Litthauen ausgeschlossen bleiben, hingegen
2. von den Dissidenten, die damals das Indigenat schon besessen, in Zukunft drey (!) Personen zu Landboten auf den Reichstagen erwählet werden; sie können die Vorzüge des Adels genießen, Stellen bei den Tribunalen, Kom-

missionen und Diasterien der Republik sowohl im Civil- als Militärstand erhalten.“⁴⁷⁾

Und schon am 3. Mai 1791 hob die Konstitutionsakte von diesem Tage die ganze Gleichstellung des dissidentischen Adels mit dem katholischen wieder auf.

Sie „setzte das katholische Bekenntniß als das allein herrschende und mithin als die Quelle der staatsbürgerlichen Rechte wieder ein und erwähnt die Dissidenten nur in sofern ganz unbestimmt, als sie ihnen freye Religionsübung zusicherte.“⁴⁸⁾

Die kurze Unterbrechung zu Gunsten der Dissidenten hat an ihrer thatsächlichen Lage nichts geändert und ist praktisch völlig bedeutungslos gewesen.

Mit vollstem Rechte konnte in der „Reise eines Liefländers 2c.“ im Jahre 1795 gesagt werden:

„wie die Dissidenten noch bis jetzt den Widerwillen der Katholiken tragen müssen, ebenso leiden sie noch unter ihrer Verachtung.“⁴⁹⁾

Die Untersuchung der Rechtsverhältnisse der Dissidenten in Polen im 18. Jahrhundert führt also zu dem Ergebniß, daß eben in diesem, dem letzten Jahrhundert der polnischen Republik die dissidentischen Adelsgeschlechter den größten Theil derjenigen Vorzüge entbehrten, welche den polnischen Adel von dem gewöhnlichen Adel des Reichs unterschieden, diejenigen Vorzüge, auf welche Janeczki seine Schlüsse aufbaut.

⁴⁷⁾ Jekel a. a. D. S. 133 und Einleitung S. 64.

⁴⁸⁾ Reise eines Liefländers von Riga nach Warschau. Berlin 1795. Heft IV S. 109. cf. Jekel Einleitung S. 109.

⁴⁹⁾ Reise 2c. Heft IV S. 109.

Also selbst wenn die Theorie vom hohen Adel der Schlachtzigen richtig wäre, fände sie im 18. Jahrhundert auf die dissidentischen Familien keine Anwendung mehr.

Es zeigt sich ferner, daß im 18. Jahrhundert kein dissidentisches Geschlecht den senatorischen Geschlechtern angehören kann, so daß, wenn man die Theorie für richtig halten wollte, daß die senatorischen Geschlechter dem hohen Adel des Reichs gleichzuachten seien, auch von diesem Standpunkte aus die dissidentischen Geschlechter hiervon auszunehmen sind.

Daß übrigens die Dissidenten zu den senatorischen Geschlechtern nicht gehören konnten, hat Janeczi selbst in Bezug auf die Familie derer von Unruh ausdrücklich anerkannt.⁵⁰⁾

V.

Aber es giebt noch andere, allein durchschlagende Gründe, wegen welcher es gänzlich verfehlt erscheint, den General Carl Philipp von Unruh und seine Nachkommen dem hohen Adel des Reichs gleichstellen zu wollen.

Ehe zu diesen Gründen übergegangen wird, muß jedoch erst der Begriff des „hochadeligen Charakters“ genauer beleuchtet werden. Ergab die bisherige Untersuchung, daß von einer Gleichstellung des ganzen polnischen Adels und namentlich der dissidentischen Geschlechter mit dem hohen Adel des Reichs nicht die Rede sein kann, so läßt sie es immerhin als zulässig

⁵⁰⁾ A. a. D. S. 4.

erscheinen, den Geschlechtern des polnischen Adels insgesamt einen „hochadeligen Charakter“, auch im 18. Jahrhundert noch zuzuschreiben, wenn man diesen Begriff nur so versteht, daß damit keine Gleichstellung mit dem hohen Adel des Reichs, und nur eine sehr entfernte Ähnlichkeit mit ihm hinsichtlich gewisser einzelner Punkte gemeint sein kann. Daß der polnische Edelmann auf seinem Grund und Boden unumschränkter Herr war, auch über seine „Untertanen“, daß er fast vollständige Steuerfreiheit genoß, daß er das „liberum veto“ hatte, daß er nur vom Könige unmittelbar abhängig war, daß er das aktive und passive Recht der Königswahl besaß, sind allerdings Thatfachen, welche es rechtfertigen, daß man dem polnischen Adel, vorausgesetzt, daß die betreffende Familie nicht in die Dienstbarkeit der Großen (cf. oben) gerathen war, in gewissem Sinne einen „hochadeligen Charakter“ beimißt, nur muß man sich darüber klar sein, daß dieses nichts weiter ist, als ein kurzer Ausdruck, der bezeichnen soll, daß die staatsrechtliche Stellung des polnischen Adels eine eigenthümliche ist; daß aber dieser Ausdruck keine juristische Bedeutung hat. „Hochadeliger Charakter“ kann nicht „hohen Adel“ ersetzen. Die freie unmittelbare Reichsritterschaft im Reich besaß in viel höherem Maße einen hochadeligen Charakter⁵¹⁾. Man hat diese dem hohen Adel des Reichs nie „gleichgeachtet“, noch viel weniger ist eine solche Gleichachtung der equites Poloni mit dem hohen Adel des Reichs denkbar. Ebenso wenig

⁵¹⁾ v. Schulte, Reichs- und Rechtsgeschichte. Bd. II. §. 104.

kann aber ein „hochadeliger Charakter“ einen fehlenden Freiherrn- oder Grafentitel ersetzen. Ein Titel ist entweder da, oder nicht da. Wo er gefordert wird, kann er, wenn er nicht vorhanden ist, durch nichts ersetzt werden.

Nun hatte mit dem Untergang der Republik Polen die ganze staatsrechtliche Sonderstellung des polnischen Adels ein jähes Ende. (1795.)

Sehr richtig bemerkt daher Janeczki⁵²⁾

„mit der Auflösung des polnischen Reichs verlor auch der polnische Adel seine Selbstständigkeit.“

Der polnische Adel sank zur Stellung des niederen Adels der betreffenden Länder herab, zu denen die Theile Polens kamen. Es bedurfte eines besonderen Gesetzes in den betreffenden Ländern, wenn dem polnischen Adel oder einzelnen seiner Theile Vorzüge zu Theil werden sollten.

(Ein solches Gesetz ist das Edikt Maria Theresias für Galizien, von welchem später ausführlich die Rede sein soll.)

Dieses fühlt auch Janeczki.

Nachdem er festgestellt hat, daß

„die Gebietstheile, in denen die Unruh'schen Besitzungen lagen, durch die Theilungen Polens an Preußen fielen,“

führt er weiter aus:

„Aber der Könige von Preußen stets gerechter Sinn verlieh in den allerhöchsten Patenten den

⁵²⁾ A. a. O. S. 5.

Einwohnern der okkupierten Provinzen seinen Schutz bei ihren Besitzungen und Rechten, in Geist- und Weltlichen, so daß sie glücklich und zufrieden sein können, und keine Ursache haben werden, die Veränderung zu bereuen“⁵³⁾ und knüpft daran die Folgerung:

„Unter diesen Rechten ist zweifellos auch das Ebenburtsrecht zu verstehen.“

Wie Janeczi letzteren Satz aussprechen konnte, ist schlechthin unerfindlich.

Wie sollen die preussischen Könige das Ebenburtsrecht mit dem hohen Adel des Reichs, das sie Familien ihres Landes unter keinen Umständen verleihen konnten, dem Adel eines neu erworbenen Landes bestätigen können.

Den „hochadeligen Charakter“ dagegen in dem Sinne, wie dieser Begriff oben erläutert wurde, konnte der König von Preußen dem polnischen Adel belassen, aber nur dadurch, daß er ihm seine staatsrechtliche Sonderstellung beließ. Dieses ist, wie außer Zweifel steht, thatsächlich nicht geschehen, ja sogar die Starosteien wurden eingezogen. Besondere Vorzüge sind preussischerseits gesetzlich dem polnischen Adel weder ganz noch theilweise, weder sofort nach der ersten Theilung, noch später zu Theil geworden.

Daß übrigens die obigen Versprechungen in den allerhöchsten Patenten, von denen Janeczi spricht, nichts

⁵³⁾ Ebenda. Das von Janeczi hier angezogene Patent vom 13. September 1792 ist u. A. wörtlich abgedruckt im XX. Jahrgang der Vierteljahrschrift für Wappen-, Siegel- und Familienurkunde. Berlin 1892. S. 6 f.

weiter waren, als wohlwollende allgemeine Bemerkungen ohne rechtlichen Charakter hätte Janeczki unschwer feststellen können. Wie Friedrich der Große über den polnischen Adel dachte, geht daraus hervor, daß er von den adeligen Gutsbesitzern sagt, er wolle: „oberwähntes Polnisches Zeug allda los werden“⁵⁴⁾

und von den Starosten, sie müßten:

„zum voraus von weitem depitirt (geärgert) werden, um sich von selbst weg und nach Polen zu begeben.“⁵⁵⁾

Die Theilungen Polens, jedenfalls der gänzliche Untergang der Republik, hätten nicht nur dem hohen Adel der Schlachtziken, wie der senatorischen Geschlechter, wenn sie ihn je besessen hätten, sondern sie haben auch dem „hochadeligen Charakter“ des polnischen Adels, vor Allem für den an Preußen gekommenen Theil, ein Ende gemacht,⁵⁶⁾ grade so wie die Rheinbundsakte (1806) dem hochadeligen Charakter der Reichsritterschaft.

Erst 1803 aber heirathete Graf Wilhelm Ernst zur Lippe-Biesterfeld das Fräulein Modeste von Unruh.

VI.

Abgesehen von allen vorstehenden Gründen ist eine für die Beurtheilung des Status der Modeste

⁵⁴⁾ Dr. L. Boas. Friedrichs des Großen Maßnahmen zur Hebung der wirthschaftlichen Lage Westpreußens. Jahrbuch der Historischen Gesellschaft in Bromberg. Bromberg 1892. S. 20.

⁵⁵⁾ Preuß. Urfund. V. H. Nr. 25.

⁵⁶⁾ Korwin Szymanowski. Beiträge zur Geschichte des Adels in Polen. Zürich. 1884. S. 103.

von Unruh wichtige und ausschlaggebende Frage die, ob ihr Vater Carl Philipp von Unruh, immer den Nachweis seiner Abstammung von dem polnischen Zweige der Familie von Unruh vorausgesetzt, dem polnischen Adel im Rechtsinne noch angehörte, d. h. ob er ein *eques Polonus* war, mit anderen Worten, ob er, wenn überhaupt als *eques Polonus* geboren, diese Eigenschaft nicht später aus besonderen Gründen verloren hat.

Die berühmte Definition des *eques „Polonus“* lautet:

„Nobilem autem & capacem dignitatum & beneficiorum Rex Alexander in Comitibus Radomien-
sibus a. 1505 eum esse declaravit cuius uterque
parens nobilis, qui ex familia nobili prognatus,
in suis possessionibus, castris, oppidis, villis,
ut parentes habitet, secundum morem patriae
& consuetudinem nobilitatis, legibus et iuribus
Regni nobilium virens. Esse tamen etiam no-
biles appellandos, qui licet matre populari, patre
autem nobili procreati sint, quorum parentes
ut ipsi vixerint instar aliorum nobilium in
Regno“⁵⁷⁾

Legt man den Maßstab dieser Definition an Carl Philipp von Unruh an, so zeigt sich, daß die Merkmale des *eques Polonus* bei ihm theils positiv nicht vorhanden, theils nicht nachweisbar sind.

Wer ist denn vor Allem der *pater nobilis*? Es wurde im zweiten Hefte dieser Untersuchungen nach-

⁵⁷⁾ Legnisch. 2. Aufl. 1766. Lib. III. Cap. II §. II. Titel Th. III
S. 28 ff.

gewiesen, daß Sigismund von Unruh auf Puniß und Ursula Elisabeth von Schweiniß, welche bis dahin für die Eltern des Carl Philipp von Unruh gehalten wurden, nicht seine Eltern waren.

Es ist bisher sogar nirgends eine Spur zu finden, welche das große Geheimniß, wer die Eltern des Generals waren, aufzuhellen geeignet wäre. Ehe die wahren Eltern des Carl Philipp von Unruh ermittelt sind, ist nicht der geringste Beweis dafür erbracht, daß sein Vater ein nobilis, d. h. ein eques Polonus war.

Der Brief von 1783 und die Offizierliste von 1787 weisen zwar darauf hin, daß er aus der polnischen Linie stammte. Allein auf Grund der darin enthaltenen Angaben läßt sich Carl Philipp in legitimer Weise bisher überhaupt nicht unterbringen.⁵⁸⁾

Carl Philipp selbst hat als seine Heimath stets Schlesien bezeichnet.⁵⁹⁾ Stammte er aus der schlesischen Linie des Geschlechts, so war er sicher kein eques Polonus.

Aber angenommen auch, man würde so weit gehen können, zu sagen, daß auf Grund des Briefes von 1783 und der Offizierliste von 1787 seine legitime Abstammung aus der polnischen Linie der Familie von Unruh feststehe, und somit der Vater ein eques Polonus gewesen sein müsse, wo lagen denn die „*possessiones*“, d. h. die „*polnischen adeligen Güter*“ des Carl Philipp? Der Beweis, daß er solche besessen hat, würde doch erst zu erbringen sein.

⁵⁸⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 45 ff.

⁵⁹⁾ Ebenda. S. 28 ff.

Es kann aber mit voller Bestimmtheit behauptet werden, daß er keine „possessiones“ in Polen besessen hat, denn in den ganzen Grodbüchern des Staatsarchivs Posen und des Kaiserlichen Archivs zu Warschau kommt auch nicht ein mal sein Name vor.

Daß, wer „impossessionatus“ war, aufgehört hatte, ein eques Polonus zu sein, auch wenn er als solcher geboren war, hat Janeczki selbst früher mit aller Schärfe vollkommen zutreffend ausgesprochen:⁶⁰⁾

„Ein Volk, das den Impossessionatus
..... und wäre es des Königs
nächster Anverwandter, **unbarmherzig** des
Adels für verlustig erklärt.....“

und an versteckter Stelle auch in seiner neuesten Schrift⁶¹⁾ erwähnt:

„Wie der freie Landbesitz die Grundbe-
dingung des Adels war.....“

In dieser letzten Schrift hat er es vergessen, die hieraus für den Status des Carl Philipp von Unruh sich ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Er ist inzwischen anscheinend zu barmherzigeren Anschauungen gekommen.

Doch weiter! Nicht bloß possessiones mußte man besitzen, sondern auch in denselben leben, was doch mindestens das Erforderniß in sich schließt, in Polen zu leben, **in Polen ein Domizil zu haben.**

⁶⁰⁾ Marcelli Janeczki. Erhielten die Juden in Polen durch die Taufe den Adelstand? Vierteljahrschrift für Heraldik, Sphragistik und Genealogie. XV. Jahrg. S. 400.

⁶¹⁾ Die staatsrechtliche Stellung des polnischen Adels. S. 29.

Wie in aller Welt konnte Carl Philipp von Unruh diesem Erforderniß genügen?

Er, der am 17. Juli 1752 als Fähnrich bei dem damaligen Garnisonregiment Seeke Nr. 7 in preußischen Diensten angestellt worden und von da ab bis zu seinem Tode (30. September 1805) aktiver preußischer Offizier geblieben ist und in Preußen gelebt und auch neben seinem dienstlichen Wohnsitz ohne jeden Zweifel sein Domizil in Polen gehabt hat.

Und wie steht es mit dem letzten Erforderniß: „*legibus et juribus Regni nobilium vivens*“?

Auch dieses Merkmal trifft bei ihm nicht zu.

Da ihm nun diese Merkmale des *eques Polonus* fehlen, so folgt daraus, daß er mindestens seit 1750 circa kein solcher mehr war, wenn er es überhaupt je vorher war. Seine Kinder sind viel später geboren. Es können also weder aus der Eigenschaft eines *eques Polonus*, noch dem Angehören zu einer höheren Klasse der *equites Poloni* Statusrechte für Carl Philipp und seine Kinder abgeleitet werden.

Diese Gesetze und Bestimmungen blieben bis zum Jahre 1768 und 1775 in Kraft. Die in diesen Jahren eingetretenen Modifikationen können aber Carl Philipp allein schon deshalb nicht zu Gute kommen, weil er damals bereits polnischen Gesetzen gar nicht mehr unterlag. Daß die von 1768 sachlich nicht auf ihn anwendbar sind, leuchtet ohne Weiteres ein (s. oben S. 34). Bei denen vom Jahre 1775 ist dieses nicht so augenfällig, so daß es gestattet sein mag, ihren Inhalt hier kurz zu erörtern.

Die Const. 1775, Tit. Ubeśpieczenie,⁶²⁾ bestimmte nämlich, daß denjenigen polnischen Edelleuten, welche durch die Abtretungen von 1772 (erste Theilung Polens) mit ihren possessiones an eine der Theilungsmächte gekommen und deren Unterthanen geworden wären, für sich oder ihre Nachkommen das Recht zustehen sollte, in die polnische Republik zurückzukehren und darin wieder possessiones zu erwerben, und daß sie in diesem Falle (wieder) equites Poloni sein sollten, auch wenn sie sich der unter fremder Herrschaft befindlichen Güter nicht ganz entledigten.

Die Sachlage war nach den bestehenden, bereits ausführlich erörterten Gesetzen über die impossessionati folgende. Ein eques Polonus, dessen possessiones ausschließlich in einem der, an eine der Theilungsmächte abgetretenen Gebiete lagen, kam durch die Abtretung mit seinen possessiones an die betreffende Theilungsmacht. Damit hörte er auf, possessiones innerhalb der Republik zu haben, er verlor die Eigenschaft eines eques Polonus. Strenge genommen hätte also er oder seine Nachkommen, wenn er oder sie in das Gebiet der Republik zurückkehren und innerhalb derselben adelige Güter erwerben wollten, von Neuem das Indigenat erwerben müssen. Das war die nothwendige Folge des Satzes, daß der impossessionatus der Eigenschaft eines eques Polonus verlustig ging, aber eine unerträgliche und für die Republik unzumuthbare Folge. Aus diesem Grunde bestimmte die Const. 1775 das oben Mitgetheilte,

⁶²⁾ Vol. leg. VIII, 182 und 183.

d. h. es wurde für diejenigen equites Poloni, welche durch die Theilung von 1772 aufgehört hatten, possessionati zu sein, bestimmt, daß sie die Freiheit haben sollten, zurückzukehren und possessiones zu erwerben und daß sie dann als equites Poloni gelten sollten.

Es ist klar, daß hiernach auch die Const. 1775 auf Carl Philipp von Uruh keine Anwendung finden kann. Wenn er überhaupt aus der polnischen Linie stammte und einmal possessionatus gewesen war, hatte er nicht durch die Theilung von 1772 aufgehört, possessionatus und eques Polonus zu sein, sondern lange vorher. Sodann aber gehörte zur Anwendbarkeit der Const. 1775 offensichtlich der Wiedererwerb adeliger Güter in der Republik und die Rückkehr dorthin, zum Mindesten der „animus revertendi“. Carl Philipp von Uruh ist jedoch weder thatsächlich nach Polen zurückgekehrt, noch hatte er den „animus revertendi“, sonst hätte er als seine Heimath Polen und nicht Schlesien bezeichnen müssen, im Gegentheil: er wollte als preußischer Offizier offenbar Preuße sein und war es auch.

Das Gesamtergebnis vorstehender Untersuchung ist also zunächst Folgendes:

1. Weil um das Ende des 18. Jahrhunderts der Begriff des hohen Adels im Reich mit der Reichsständschaft mit wenigen Ausnahmen zusammenfiel, ist um diese Zeit, insofern nicht, wie bei den Radziwiłł z. B., ganz besondere Umstände zu berücksichtigen sind, polnischer Adel dem hohen Adel des Reichs nicht „gleichzuachten“ und nicht ebenbürtig, sobald strenge Ebenburtsgesetze zur Anwendung zu kommen haben.

2. **Nach** dem Untergang der Republik (1795) sind, eben seinetwegen, weder die gesammten equites Poloni, noch allein die senatorischen Geschlechter dem hohen Adel des Reichs „gleichzuachten“ oder, unter der obigen Voraussetzung, ebenbürtig. Auch dem „hochadeligen Charakter“ der equites Poloni hat der Untergang der Republik ein Ende gemacht.
3. Im 18. Jahrhundert **bis** zum Untergang der Republik kann von einer Gleichachtung oder Ebenbürtigkeit (unter der obigen Voraussetzung) der equites Poloni mit dem hohen Adel des Reichs sicher nicht die Rede sein. Für die senatorischen Geschlechter könnte davon noch eher die Rede sein. Für das 18. Jahrhundert ist die Verneinung auch dieser Frage die richtige Ansicht.
4. Für die dissidentischen Geschlechter gilt im 18. Jahrhundert im verstärkten Maße, daß sie dem hohen Adel des Reichs, immer unter der obigen Voraussetzung, nicht „gleichzuachten“ und nicht ebenbürtig sind.

Modeste von Unruh heirathete den Grafen Wilhelm Ernst zur Lippe im Jahre 1803. Für ihren Status ergiebt sich daher aus obigen vier Sätzen, **selbst, wenn man annimmt, die Abstammung ihres Vaters sei aufgeklärt und er sei ein eques Polonus gewesen**, daß sie weder dem Erforderniß des **hohen Adels** genügte, noch „hochadeligen Charakter“ besaß.

Um wie viel mehr muß das Vorstehende von ihr gelten, da sicher zur Zeit ihrer Geburt ihr Vater fein eques Polonus war.

VII.

An diesem Ergebniß ändert auch das Patent der Kaiserin Maria Theresia vom Jahre 1775 nichts.

Ueber dieses Patent verbreitet sich Janeczki an zwei Stellen:

„Aus dem angeführten österreichischen Patent von 1775 ersehen wir, daß den hervorragenden polnischen Familien der Grafenstand und der hohe Adel (sic!) zugestanden wurde, während ziemlich dem gesammten übrigen Adel der Freiherrntitel angetragen wurde.“⁶³⁾

„Für die Länder der österreichischen Monarchie wurde schon nach der ersten Theilung Polens durch ein Patent vom 13. Juni 1775 allen jenen vornehmen Geschlechtern, die bis zum Jahre 1775 den Fürsten- oder Grafentitel bereits geführt hatten oder zur Führung desselben berechtigt waren, dieser Stand taxfrei bloß gegen die einzige Bedingung bestätigt, daß sie an zustehender Stelle darum ansuchen würden, die letztere Bestimmung sollte offenbar dazu dienen, eine gewisse Kontrolle zu ermöglichen. Jenen von „ansehnlicherem Adel“, welche Kronchargen bekleideten oder Woywoden, Kastellane oder Starosten

⁶³⁾ A. a. O. S. 6.

mit Jurisdiktion waren, wurde der Grafenstand, und denjenigen, welche Distritsdignitare gewesen, der Freiherrnstand gegen Erlegung des vierten Theiles der üblichen Taxe zugestanden, wenn sie binnen Jahresfrist darum nachsuchen würden; letztere Bedingung wurde jedoch nicht streng gehandhabt und das Patent hat noch bis in die neueste Zeit wiederholt Anwendung gefunden. Indem dasselbe den also neu Titulirten zugleich alle Prärogativen, Hoheiten und Vorzüge, wie sie ein anderer Fürst, Graf oder Freiherr in den gesammten Staaten der Monarchie besaß, zuerkennt und andrerseits die Fürsten, Grafen und Freiherren als zum hohen Adel, zum Herrenstande gehörig, bezeichnet, ist hier die Gleichstellung eines großen Theiles des polnischen Adels mit dem hohen Adel Deutschlands im Prinzip ausgesprochen.“⁶⁴⁾

Um zur Einsicht darüber zu gelangen, ob vorstehende Ausführungen und Schlußfolgerungen richtig sind, ist es empfehlenswerth, das Patent vom Jahre 1775 in seinen einschlägigen Bestimmungen hier wörtlich wiederzugeben. Diese lauten:

Patent⁶⁵⁾

der Kaiserin Maria Theresia de dato Lemberg am 13. Juni 1775 betreffend die Ein-

⁶⁴⁾ A. a. D. S. 20.

⁶⁵⁾ J. Siebmachers großes und allgemeines Wappenbuch. Galizischer Adel, bearbeitet von Fr. Seyer von Rosenfeld. Nürnberg 1895. S. 46 f. Auch an vielen anderen Orten abgedruckt.

richt= und Verfassung der galizischen Landesstände.

- § 1. Erstens: Erklären Wir Uns, allen jenen vornehmen Geschlechter, so bisher den Fürsten= oder Grafen=Titel bereits geführt haben, oder sich zu dieser Ehrenbenennung rechtfertigen würden, solchen Stand ohne einigmindesten Tag bloß gegen der einzigen Bedingniß zu bestätigen, daß sie sich hierwegen in einem unmittelbar an Uns gestellten Anbringen, jedoch mittelst Unseres Landes=Gubernii, bittlich anmelden müssen.
- § 2. Zweitens: Jenen auch ansehnlichen Adel betrifft, so wirkliche Kron=Chargen bekleidete, oder des Tituls eines Woywoden, Palatins, Kastellans sich zu rühmen hatten, oder ein Starost mit Jurisdiktion war, diesen wollen Wir nach beigebrachten Adels=Proben durchaus den Grafen=Stand mit dem Vorbehalt allergnädigst verleihen, daß jedweder inner Jahresfrist von dem Tag der Verkündigung gegenwärtigen Patents anzurechnen sich dießfalls selbst hervorthun und nur den vierten Theil der für solche Standeserhebung zu entrichtenden Tax bezahlen soll.
- § 3. Drittens: Dürfen alle jene, die Distrikts=Dignitarii gewesen, den Freiherrenstand, ebenfalls nur gegen Erlag des vierten Theils der Tax ganz sicher hoffen, so bald sie nach Maßgab des vorstehenden zweyten Absatzes innerhalb Jahresfrist darum gehörig ansuchen,

und über die Richtigkeit ihres wenigstens von Großvater an für daurenden Adels ausweisen werden.

- § 4. Viertens: Wird dem galizischen Adel die ehemaligen „gehabte und nun abgestellte Titeln und Dignitäten in der Gleichhaltung mit sämmtlichen in Unsern übrigen Reichen befindlichen getitelten Adel zu vergelten Uns herbeilassen, da Wir ihn zugleich eben in dem Augenblick, als er sothane Ehrentitel erlanget, aller damit verbundenen Prärogativen, Hoheiten und Vorzügen, als je ein anderer Fürst, Graf oder Freyherr aus Unsern gesammten Staaten hoffen oder fordern kann, auf einmal theilhaft machen, wie nicht minder den Anspruch auf alle hohen Chargen und Hofdienste eröffnen“.
- § 5. Fünftens: Wer die hierzu bestimmte Jahresfrist versäumt sondern fruchtlos verstreichen läßt, soll bei einer später erlangenden Standeserhebung die ganze Tax entrichten, oder bei hervorleuchtender Vernachlässigung eine solche Standeserhöhung nicht mehr zu erwarten haben, und lediglich als Ritter anzusehen sein.
- § 6. Sechstens: Werden zwei Klassen des Adels namentlich bestimmt und zwar der Herrn- und der Ritterstand. Unter die Erster werden alle Fürsten, Grafen und Freyherrn, unter die Zweite aber alle Edelleute überhaupt gerechnet, die entweder um einen höheren Titel aus eigener Versäumniß nicht angesucht, oder keine von den obberührten Qualifikationen

vor sich, folglich auch auf eine weitere Erhebung keinen Anspruch gehabt haben. Als solche Edelleute von der zweiten Ordnung oder Ritter, werden sie ohne Ritterstand besonders nehmen, oder hierwegen einkommen zu dürfen ebenfalls erachtet und vorgezogen werden.

§ 7. Siebentens: Aus beiden Ordnungen des Adels wird auch die Versammlung der Stände bestehen, ohne daß die Geistlichkeit eine Besonder-Ordnung auszumachen hat.

Vor Allem ist festzustellen, daß in dem ganzen Patente von „hohem Adel“ mit keinem Worte die Rede ist.

Sieht man näher hin, so erkennt man ferner sofort, daß dieses Patent

1. sich nur auf den Adel derjenigen Theile des Königreichs Polen bezieht, die bei der Theilung an Oesterreich gekommen waren;
2. aus dem zu 1. angeführten Grunde, sodann, weil von Maria Theresia, und nicht von ihrem Gemahl, dem römisch-deutschen Kaiser Franz I. erlassen, den betreffenden Familien unter gewissen, sogleich näher zu erörternden Bedingungen einen Grafen- und Freiherrnstand zusicherte, der mit dem sogenannten erbländischen⁶⁶⁾ Grafen- und Freiherrnstand auf gleicher Stufe stehen sollte, keineswegs aber den Reichsgrafen- und Reichsfreiherrnstand.

⁶⁶⁾ Sessel. N. a. D. Th. 3. S. 46.

Nun waren die Unruhs in diesen Theilen Polens nie ansässig. Das Patent kann also für irgend ein Mitglied der Familie von Unruh gar nicht in Betracht kommen, noch weniger für Carl Philipp von Unruh. War er etwa mit seinen „*possessiones*“ bei der ersten Theilung Polens an Oesterreich gekommen? Könnte dieses Patent aber für die Familie von Unruh in Betracht kommen, so würde es ganz zur Anwendung zu kommen haben, und nicht ausschließlich in seinen §§ 2—4, wie Janeczki zu meinen scheint.

Das Patent knüpft die Verleihung des Grafen- und Freiherrntitels für die betreffenden Familien an eine gesetzlich bestimmte Nachsuchungsfrist von einem Jahr. Hieraus ergibt sich konsequenter Weise vor Allem, daß, wer die Frist versäumt hat, keinen gesetzlichen Anspruch mehr hat.

Möglicher Weise ist diese Frist durch Verordnungen noch etliche Male verlängert worden. Das ändert an den vorstehenden Wirkungen nichts. Sie treten eben nach Ablauf der letzten Frist ein. Uebrigens ist es nicht gelungen, eine Verordnung, welche eine Fristverlängerung ausspricht, ausfindig zu machen. Es erschien auch unnöthig, auf das Suchen einer solchen Verordnung besondere Mühe zu verwenden, da es hinlänglich feststeht, daß die Frist, einschließlich etwaiger, nicht nachweisbarer Verlängerungen, im Jahre 1803, als Modeste von Unruh sich mit dem Grafen Wilhelm Ernst zur Lippe vermählte, längst abgelaufen war.

Nun meint Janeczki, daß die Bedingung hinsichtlich der Fristen

„jedenfalls nicht streng gehandhabt wurde.
 Das Patent hat noch bis in die
 neueste Zeit wiederholt Anwendung gefunden.“⁶⁷⁾

Das ist richtig und falsch, je nachdem, welchen Begriff man mit dem „Anwendung finden“ verbindet. Richtig ist, daß bis in die neueste Zeit galizische Familien, die innerhalb der Frist ein Recht auf die Nachsuchung des Grafen- oder Freiherrntitels gehabt hätten, in den Grafen- oder Freiherrnstand erhoben worden sind. Diese Erhebungen haben aber den Charakter allerhöchster Gnadenakte. Niemand hat nach Ablauf der gesetzlichen Fristen noch ein Recht auf die zugesagten Titel, sondern es ist reine Sache der Allerhöchsten Gnade, zu bewilligen oder abzuschlagen. Folgende muß rechtlich nach Ablauf der Fristen auch die volle Tage bei einer solchen Standeserhöhung gezahlt werden. Wenn trotzdem auch nach Ablauf der Fristen nur ein Viertel der Tagen erhoben worden ist (eine Ermäßigung, auf die bei Nachsuchen innerhalb der Fristen ein Recht vorhanden war), so beweist das nichts. Nach Ablauf der Fristen war dieses Recht auf Ermäßigung verwirkt, und die Ermäßigung gleichfalls ein Akt der Allerhöchsten Gnade, die ja auch die Tage ganz erlassen kann.

Falsch ist es daher, wenn Janeczi aus diesem Thatbestande schließen zu wollen scheint, die Bestimmungen über die Fristversäumnis seien durch die Praxis aufgehoben worden. Die §§ 5 und 6 ent-

⁶⁷⁾ A. a. D. S. 20.

halten über die Fristversäumniß und ihre Wirkungen die klarsten Bestimmungen.

Diejenigen, welche die Frist versäumt hatten, sollten dem Ritterstande Galiziens, d. h. dem niederen Adel schlechthin, der „zweiten Ordnung“ des galizischen Adels, wie das Patent sich ausdrückt, angehören, auch wenn sie bei Innehaltung der Frist ein Recht gehabt hätten, um höheren Titel nachzusuchen.

Mit dem Patente von 1775 liegt es also hinsichtlich der Unruh's so, daß es entweder auf sie gar keine Anwendung finden kann, auch nicht per analogiam, und diese Meinung ist als die richtige anzusehen, oder, wenn es angewendet werden kann, gegen Janeczki ausschlägt. Das Geschlecht von Unruh würde, wenn das Patent auf es angewendet werden könnte, weil es die Frist versäumt hat, wegen der §§. 5 und 6 dem Ritterstand, dem Adel zweiter Ordnung zuzuwiesen sein.

Uebrigens schuf das Patent einen galizischen Herren- und Ritterstand. Wie galizischer Herrenstand dem hohen Adel des Reichs am Ende des 18. Jahrhunderts hinsichtlich der Ebenbürtigkeit gleichstehen oder gleichzuachten sein soll, ist völlig unsaßbar.

Es wird sich nun noch fragen, ob der Umstand, einen oder mehrere Starosten mit Jurisdiktion in der Ascendenz zu haben, dem betreffenden Geschlecht einen besonderen Vorzug sichern kann.

Ueber die Starosten mit Jurisdiction (Capitanei cum iurisdictione) handelt ausführlich Lengnich, Lib. II Kap. XI §. XXVII ff., worauf hier verwiesen werden muß. Nur das eine sei hier festgestellt, daß die

Starosten mit Jurisdiktion als solche nicht und nie im Senat gesessen haben. Folglich gehörten selbst diejenigen Familien, in denen in späterer Zeit Starosteien so zu sagen erblich wurden, nicht wegen dieses Umstandes zu den senatorischen Geschlechtern. Umgekehrt waren aber die meisten Starosteien mit Jurisdiktion in der Hand der senatorischen Geschlechter.

Daß den Unruh, als einem dissidentischen Geschlecht, der Senat verschlossen war, wurde bereits festgestellt. In den letzten Zeiten der Republik wurden die dissidentischen Geschlechter auch nicht mehr Starosten mit Jurisdiktion. Deshalb ist in dieser Zeit auch kein Unruh mehr Starost mit Jurisdiktion. Früher haben mehrfach Mitglieder dieses Geschlechts diese Würde bekleidet. Aber abgesehen davon, daß das Starostenamt, wie das Studium der einschlagenden Paragraphen bei Lengnich ergiebt, nach der Art dieses Amtes kaum dazu angethan ist, die starosteilichen Geschlechter über die equites Poloni zu erheben, so könnte ein solcher Vorzug sich doch auf keinen Fall auf das ganze Geschlecht, sondern höchstens auf die Nachkommen des Starosten beziehen und auch hier nicht ad infinitum, sondern nur bis auf die Enkel, wenn man sehr weit gehen will, noch bis auf die Urenkel des Starosten.

Nun kommt aber auch wieder zur Sprache, daß die Abstammung der Modeste von Unruh nicht aufgeklärt ist, folglich auch nicht, daß einer ihrer Ascendenten Starost war. Will man aber ihre Abstammung auf Grund des Briefes von 1783 als erwiesen annehmen, so kann sie nur eine Urenkelin des Balthasar

von Unruh auf Striche, † 1722, sein. Ihr Vater Carl Philipp war sicher nicht Starost, von den fünf Söhnen des Balthasar von Unruh, welche als dessen Vater in Betracht kommen können, von denen also dann einer ihr Großvater wäre,⁶⁸⁾ war sicher keiner Starost, Balthasar war es auch nicht, dessen Vater Adam Abraham, † 1677, war es auch nicht; die weitere Ascendenz kommt nicht in Betracht.

Es zeigt sich also, daß sich weder allgemein aus dem Starostenthum ein höherer Status ableiten läßt, noch speziell für Modeste von Unruh, da sie gar keinen Starosten mit Jurisdiktion in ihrer Ascendenz hatte.

Auf Grund der Abstammungsverhältnisse des Generals Carl Philipp von Unruh ergibt sich somit für den Status seiner Tochter Modeste als Gesamtergebnat:

1. So lange seine Abstammung nicht festgestellt ist, genügt sie nicht dem Ebenburtserforderniß des einfachen, niederen, ahnenlosen Adels.
2. So lange seine Ahnen nicht nachgewiesen sind, genügt sie nicht dem Erforderniß des Ahnenadels.
3. So lange seine Abstammung aus der polnischen Linie der Unruh nicht festgestellt ist, lassen sich für sie keinerlei Rechte aus dieser Abstammung herleiten.
4. Selbst angenommen, es wäre nachgewiesen, daß Carl Philipp von Unruh aus der polnischen Linie der Familie von Unruh stammte und

⁶⁸⁾ cfr. Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 50 f.

sogar 16 Ahnen besessen hätte, so besitzt sie keinen „hochadeligen Charakter“.

5. Auf keinen Fall genügt sie dem Erforderniß des hohen Adels, so wie er im Jahre 1803 zu verstehen ist.

VIII.

Somit kann auch die Frage, ob Modeste von Unruh dem §. 18 des Brüdervergleichs genügt, so wie ihn Weißenfeld auslegt, nämlich, daß damit nicht hoher, sondern titulirter niederer Adel gemeint sei, vom Standpunkte der vorhergehenden Erörterungen aus nur verneint werden. Selbst wenn ihr aber ein gewisser „hochadeliger Charakter“ nicht abzusprechen wäre, könnte ihr dieses zur Ebenbürtigkeit im Sinne der Weißenfelder Auffassung auch nicht verhelfen, weil der geforderte Adelstitel durch den angeblichen „hochadeligen Charakter“ nicht ersetzt werden kann.

Indessen soll die nähere Begründung letzterer Ansicht hier außer Betracht gelassen werden.

Bei dieser Sachlage kann für die Frage, ob Modeste von Unruh dem Ebenburtserforderniß des titulirten niederen Adels genügt, nur in Betracht kommen, ob Carl Philipp den Freiherrntitel geführt hat. Daß er ihn selbst nicht geführt hat, wurde vom Verfasser festgestellt.⁶⁹⁾

Er hat ihn auch nie bei seinen Unterschriften angewendet.

⁶⁹⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 95.

Allein die Gegenerklärung B. verbreitet sich über diesen Punkt folgendermaßen⁷⁰⁾:

„Ueberhaupt aber muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß der freiherrliche Stand der Modeste von Unruh nicht aus dem Grunde bestritten werden kann, weil der Vater Carl Philipp von Unruh in der Armeeliste nicht amtlich als Freiherr geführt worden ist. Denn zu der Zeit, in welcher dieser lebte und starb, war die Führung des Freiherrntitels in der Armee überhaupt nicht durchweg gebräuchlich. Das Studium der Rangliste des preussischen Heeres ist in dieser Beziehung nicht ohne Interesse. Eine der ältesten gedruckten Ranglisten ist von 1806.⁷¹⁾ Früher gab es nur geschriebene. Obgleich das Offizierkorps durchweg adlig ist, ist der Freiherrn- beziehungsweise Baronstitel außerordentlich spärlich vertreten. Zahlreiche Familien, denen er zusteht, führen ihn nicht. Aus einzelnen Familien führen ihn einige Mitglieder, andere nicht, z. B. Bönigk, von dem Busche, Dalwig, Dankelmann, Eberstein, Reizenstein, Puttlik, Osten, Sacken und eine große Anzahl mehr. Aus der Reihe der Familien, die zweifellos zu den Freiherren gehören, dürften in der Rangliste von 1806 etwa 60 Freiherrntitel

⁷⁰⁾ S. 14.

⁷¹⁾ In der Bibliothek des Vereins „Herold“ zu Berlin befinden sich gedruckte Ranglisten der Königl. Preussischen Armee von 1786, 1790, 1791, 1793–1795, 1797, 1798, 1802–1806.

fehlen. Dabei sind diejenigen Familien, bei denen einzelne Zweige ein Recht auf den Titel haben, denen aber in der Rangliste von 1806 in allen Zweigen der Titel fehlt, nicht mitgerechnet. Es führen im Ganzen etwa 118 Namen den Freiherrn- und Barontitel, während er etwa 355 Namen zustände . . . Jedenfalls beweist die Rangliste von 1806 unwiderleglich, daß man bei Prüfung der Frage, ob einer Familie oder einem einzelnen Mitgliede einer solchen der Freiherrntitel zusteht, die alten Armeelisten nicht heranziehen kann.“

Dem Satze, daß Ranglisten damaliger Zeit allein keine Quelle zur Untersuchung der Berechtigung der Führung eines Adelstitels sind, wird man seine Zustimmung nicht versagen können. Deshalb soll auch auf die Frage, ob die angeführten Beispiele gerade sehr glücklich gewählt sind, nicht eingegangen werden, auch darauf nicht, ob die in der Rangliste von 1806 zu Tage tretenden Verhältnisse zum Ausgangspunkt einer Betrachtung über den Titel des bereits 1805 gestorbenen Carl Philipp von Unruh gewählt werden können, oder ob es nicht sachgemäßer gewesen wäre, dazu etwa die Rangliste von 1786 zu wählen.

Andererseits darf aber nicht verkannt werden, daß eine gewisse Vermuthung dafür spricht, daß, falls die Armeelisten bei einer bestimmten Person einen Adelstitel nicht enthalten, eine Berechtigung zur Führung desselben nicht vorlag. Diese Ver-

muthung wirkt so lange, bis das Gegentheil erwiesen ist, was etwa dadurch genügend geschehen kann, daß bewiesen wird, der betreffenden Familie im Ganzen komme der betreffende Titel zu, oder dem Zweige, welchem die in Rede stehende Person angehört.

Dieser Beweis könnte für Carl Philipp von Unruh nur durch den Nachweis der Abstammung von den schlesischen Freiherren von Unruh auf Wengstädt geführt werden. Von diesen hat er sicher nicht abgestammt. Stammt er aus der polnischen Linie, so hatte er ohne Zweifel kein Recht zur Führung des Freiherrntitels.

Zwar wird in der Biesterfelder Gegenerklärung auf den Weißenfelder Antrag behauptet, die polnische Linie der Familie von Unruh, insbesondere Sigismund auf Puniß, habe ein Recht gehabt, den Freiherrntitel zu führen. Allein, wenn Carl Philipp von Unruh wirklich ein *eques Polonus* gewesen ist, war er so wenig berechtigt, den Freiherrntitel zu führen, daß er in Polen *eo ipso* den Adel verloren hätte, wenn er den Freiherrntitel überhaupt ein einziges Mal gebraucht hätte. Denn:

„Die Konstitution von 1673 belegte diejenigen, die solche die Adelsgleichheit überschreitende, auswärtige Titel, Wappen und Siegel (ohne Genehmigung) gebrauchten, mit der Strafe ewiger Infamie (Vol. leg. V, 119)“⁷²⁾;

„Wer für ehrlos erklärt war, verlor *eo ipso* den adeligen Charakter.“⁷³⁾

⁷²⁾ Janeczki. S. 16.

⁷³⁾ Janeczki S. 28.

Aus diesem Grunde kommt es für die Frage nach dem Freiherrntitel nur darauf an, ob Carl Philipp diesen Titel während seines Lebens und seiner Dienstzeit geführt hat und ob er ihm amtlich beigelegt worden ist.

Daß in keiner Kirchenbuchseintragung (mit Ausnahme derjenigen über den Tod seiner zweiten Gemahlin) ihm der Freiherrntitel beigelegt worden ist, ist von Laband ausführlich dargelegt worden, auch aus den vom Verfasser⁷⁴⁾ andern Orts zusammengestellten Urkunden ersichtlich.

Im Trauschein der Modeste von Unruh mit dem Grafen Wilhelm Ernst zur Lippe-Biesterfeld ist sie als „Fräufraulein“ bezeichnet, was ebenso gut ein Schreibfehler durch zweimaliges Schreiben derselben Sylbe sein kann, als eine Beilegung des Freiinntitels.

Wie dem auch sei, so dürfte in diesem Wortlaut der Traurkunde die Quelle für die später häufigere Bezeichnung der Modeste von Unruh als Freiin, auf welche die Gegenerklärung B.⁷⁵⁾ so großes Gewicht legt, zu erblicken sein.

Wichtiger jedenfalls als einerseits der Umstand, daß in den Ranglisten Carl Philipp nie als Freiherr bezeichnet wird, und andererseits der, daß an den in der Gegenerklärung B. angegebenen Stellen seiner Tochter Modeste, nach ihrer Vermählung mit dem Grafen Lippe, der Freiinntitel beim Geburtsnamen beigelegt worden ist, ist die Frage, wie der General in den überaus zahlreichen, in seiner hohen Stellung

⁷⁴⁾ Die Ahnen der Modeste von Unruh. S. 13 f.

⁷⁵⁾ S. 13.

zu Bayreuth an ihn ergangenen königlichen Kabinettschreiben genannt worden ist. Hierüber geben die Akten des Militärkabinetts, die sogenannten Minuten, genaue Auskunft.

In seinen letzten drei Lebensjahren sind nachfolgende königliche Kabinettschreiben an ihn ergangen, mit folgenden Adressen und Anreden:

Datum.	A d r e s s e.	Anrede.
14. Febr. 1803.	„An den Generalmajor von Unruh.“	„Euch.“ ⁷⁶⁾
17. März 1803.	Ebenso.	Ebenso. ⁷⁷⁾
23. April 1803.	Ebenso.	Ebenso. ⁷⁸⁾
25. Juli 1803.	Ebenso.	Ebenso. ⁷⁹⁾
24. Sept. 1803.	„An den Generallieutenant von Unruh.“	Ebenso. ⁸⁰⁾
29. Nov. 1803.	Ebenso.	Ebenso. ⁸¹⁾
5. Dez. 1803.	Ebenso.	Ebenso. ⁸²⁾
19. Dez. 1803.	Ebenso.	Ebenso. ⁸³⁾
3. Jan. 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁸⁴⁾
21. Jan. 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁸⁵⁾
20. Febr. 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁸⁶⁾

⁷⁶⁾ Minute von 1803. Bd. I. Nr. 299.

⁷⁷⁾ „ = = = = = 315.

⁷⁸⁾ „ = = = = = 366.

⁷⁹⁾ „ = = = = II. = 644.

⁸⁰⁾ „ = = = = = 386.

⁸¹⁾ „ = = = = = 511.

⁸²⁾ „ = = = = = 105.

⁸³⁾ „ = = = = = 354.

⁸⁴⁾ „ = = 1804. = I. = 69.

⁸⁵⁾ „ = = = = = 388.

⁸⁶⁾ „ = = = = = 329.

Datum.	A d r e s s e.	Anrede.
6. März 1804.	„An den Generalmajor von Unruh.“	„Euch.“ ⁸⁷⁾
18. Juni 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁸⁸⁾
21. Juni 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁸⁹⁾
13. Aug. 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁹⁰⁾
6. Okt. 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁹¹⁾
5. Nov. 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁹²⁾
4. Dez. 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁹³⁾
17. Dez. 1804.	Ebenso.	Ebenso. ⁹⁴⁾
13. Juni 1805.	Ebenso.	Ebenso. ⁹⁵⁾
3. Juli 1805.	Ebenso.	Ebenso. ⁹⁶⁾
30. Juli 1805.	Ebenso.	Ebenso. ⁹⁷⁾
5. Aug. 1805.	Ebenso.	Ebenso. ⁹⁸⁾
14. Sept. 1805.	Ebenso.	Ebenso. ⁹⁹⁾
24. Sept. 1805.	Ebenso.	Ebenso. ¹⁰⁰⁾
1. Okt. 1805.	Ebenso.	Ebenso. ¹⁰¹⁾
3. Okt. 1805.	Ebenso.	Ebenso. ¹⁰²⁾

⁸⁷⁾ Minute von 1803. Bd. I. Nr. 131.

⁸⁸⁾	=	=	=	=	=	=	345.
⁸⁹⁾	=	=	=	=	=	=	325.
⁹⁰⁾	=	=	=	=	II.	=	226.
⁹¹⁾	=	=	=	=	=	=	90.
⁹²⁾	=	=	=	=	=	=	112.
⁹³⁾	=	=	=	=	=	=	96.
⁹⁴⁾	=	=	=	=	=	=	345.
⁹⁵⁾	=	=	1805.	=	I.	=	109.
⁹⁶⁾	=	=	=	=	II.	=	44.
⁹⁷⁾	=	=	=	=	=	=	642.
⁹⁸⁾	=	=	=	=	=	=	126.
⁹⁹⁾	=	=	=	=	=	=	217.
¹⁰⁰⁾	=	=	=	=	=	=	496.
¹⁰¹⁾	=	=	=	=	=	=	5.
¹⁰²⁾	=	=	=	=	=	=	104.

Hiermit ist vor Allem die Frage endgültig erledigt, ob Carl Philipp von Unruh etwa in den letzten Jahren seines Lebens in den Freiherrnstand erhoben worden ist. Es ergibt sich daraus ferner, daß dem General amtlich der Freiherrntitel nicht beigelegt wurde.

IX.

Wie dachten die preußischen Behörden und die Regierung, zu der für den Status des Carl Philipp von Unruh und seiner Tochter maßgebenden Zeit, über den hohen Adel und den „hochadeligen Charakter“ der equites Poloni? Die Beantwortung dieser Frage wird das Ergebnis der vorhergehenden, meist theoretischen Betrachtungen sicherzustellen geeignet sein.

Für diese Frage sind die Eintragungen polnischer Edelleute in die Matrifeln der Universität Frankfurt a/D. nicht ohne Interesse, wenn auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung.

— E. Friedländer. *Ältere Universitäts-Matrifeln I. Universität Frankfurt a/D. 2. Band.* Leipzig 1888 (Publikationen aus den R. Preussischen Staatsarchiven, 36. Bd.). —

In diesen Matrifeln finden sich:

1. 19. Januarii 1720. Chrysostomus
d'Unruh, Staroscie Watecki, eques
Polonus 12 gr.¹⁰³⁾
(S. 305.)

¹⁰³⁾ Diese Summe bezeichnet den Betrag der gezahlten Immatriculationsgebühr.

2. 18. Novembris 1730. Boguslaus
Ludovicus de Unruh, eques Po-
lonus 12 gr.
(S. 329.)
3. 17. Aprilis 1731. Fridericus Leo-
poldus ab Unruh, Silesius. . . 12 gr.
(S. 330.)
4. 29. Julii 1733. Alexander Samuel
de Unruh, eques Polonus. . . 12 gr.
(S. 337.)

Daraus, daß diese Mitglieder der Familie von Unruh nur 12 gr. Immatriculationsgebühren bezahlten, kann man ersehen, daß sie dem untitulirten niederen Adel zugezählt wurden, auch wenn sie equites Poloni waren. Grafen und Freiherrn zahlten damals 1 thlr. 8 gr. So z. B.:

am 14. April 1718: Otto Albertus liber baro de Schönaich, hereditarius Dominus in Amtitz (S. 302);

am 12. Junii 1722: Augustus Constantinus liber baro de Schlichting, Silesius (S. 312);

am 29. Aprilis 1724: Augustus Franciscus Fridericus und Ludovicus Fridericus comes ac dominus de Castell (S. 313);

am 31. Octobris 1724: Friderich Ludewich comes a Finckenstein Berolinensis Marchicus (S. 314);

am 12. Junii 1725: Godofredus Henrich liber baro de Schmettau etc (S. 315).

Bürgerliche zahlten dagegen nur 6 gr. Arme wurden von der Zahlung befreit.

So waren die Taten von 1694 ab.¹⁰⁴⁾
 Von Unruhischen Familienmitgliedern finden sich
 in späterer Zeit noch erwähnt:

5. 14. Octobris 1752. Georgius Sigis-
 mundus de Unruh Piscorsinensis
 Silesius 12 gr.
 (S. 380.)

6. 1. Octobris 1753. Ernst Adolph
 von Unruh, eques Neomarchicus . 12 gr.

Wichtiger als die Eintragungen in die Matrikel
 der Universität Frankfurt ist es jedoch für vorliegende
 Untersuchung, daß der Status der Familie von Un-
 ruh im Schoße der preußischen Ministerien zweimal
 der Gegenstand von Erwägungen und Erörterungen
 gewesen ist. Der erste Fall ist folgender:

Ende des Jahres 1801 hatte ein Mitglied des
 polnischen Zweiges der Familie von Unruh, ein
 Mann von bewährter Gesinnung und bedeutenden
 Verdiensten, den König um Anerkennung des Grafen-
 standes gebeten. Auf einen, wie es scheint, mündlich
 übermittelten Befehl des Königs erstattete der Minister
 von Alvensleben nachstehenden Bericht in der An-
 gelegenheit:

„16. Januar 1802.

Urkunde 52.

Em. Königlichen Majestät haben allergnädigst
 geruhet, mir zu erkennen geben zu lassen, wie
 Allerhöchstdieselben die Ernennung des von Un-
 ruh auf Rarge zum Grafen beabsichtigten.

¹⁰⁴⁾ Friedländer. S. 228.

Der von Unruh gehört zu der sehr zahlreichen Klasse der Adlichen in dem ehemaligen Polen, welche, besonders in den letzten Zeiten der Republik, den gräflichen Stand aus eigener **Willkühr** angenommen und geführt haben. **Es hat indessen derselbe für den behaupteten Grafen-Stand keine wirkliche Beweise beibringen können.** Aus diesem Grunde bin ich der unvorgreiflichen Meinung, daß Ew. Königlichen Majestät gnädige Intention in Absicht des von Unruh, **durch eine Anerkennung des behaupteten Grafen-Standes nicht zu erreichen sey.** Zuförderst würde dies den von Allerhöchstdenenselben in Betreff der **unbefugten Anmachungen eines höheren als des Adelstandes** von Seiten der Vasallen in den neuen Provinzen festgesetzten Prinzipien ganz zuwider seyn; hiernächst aber, außer vielen Inconvenienzen, auch unzählige Reclamationen von adelichen Vasallen in den ehemals polnischen Provinzen zur Folge haben, **welche eben so wenig als der von Unruh für ihren behaupteten Grafen-Stand bewiesen haben,** aber doch wohl, wenn auch ungegründeter Weise glauben möchten, auf eine Anerkennung desselben gültigere Ansprüche als er zu haben. Hiernach scheint es mir, daß Ew. Königlichen Majestät Absicht am besten, und, mit Vermeidung aller Inconvenienzen,

allein, durch die Erhebung des von Unruh in den preussischen Grafen-Stand erreicht werden könne.

(gez.) Alvensleben.“¹⁰⁵⁾

Diesem Berichte zufolge wurde Herr von Unruh auf Karge (er ist in dem Diplom schlechthin „von Unruh“ angesprochen und nicht als „Freiherr“ tituliert) in den Grafenstand „erhoben“.

Ein zweites Mal gelangte die Frage nach dem Status der Familie von Unruh zur amtlichen Erörterung bei Gelegenheit des Gesuchs des Majors und Kommandeurs des Kürassierregiments 8, Hans August von Unruh, vom 2. März 1847, ihm

„den Freiherrn-Titel **wieder** zu verleihen, welcher, wie dies geschichtlich, wenn auch nicht durch Dokumente nachgewiesen werden kann, in früheren Zeiten von meiner Familie geführt wurde“.

In Folge einer Verfügung des Geh. Ob. Reg.=Raths von Raumer¹⁰⁶⁾ an den Archivrath Koehne, sich darüber zu äußern,

„ob nicht wegen des Freiherrntitels in der Familie von Unruhe in den Akten etwas vorgekommen, oder sonst bekannt geworden ist. Soviel ich weiß, sind selbst in dem freiherrnsüchtigen Schlesien die v. Unruhe

¹⁰⁵⁾ Kabinettsakten Friedrich Wilhelm III. Geh. Staats-Archiv Berlin. Rep. 89. 10. A. 15.

¹⁰⁶⁾ Damals vortragender Rath im Ministerium des Königl. Hauses und Direktor der Archive.

niemals in **Quasibesitz** des Freiherrntitels gelangt."

Urkunde 53. berichtete Köhne unter dem 12. März 1847, es gäbe drei Linien dieses Geschlechts, nämlich

- „1. die böhmische,
- 2. die schlesische,
- 3. die polnische, welche auch nach Sachsen kam, namentlich in die Lausitz, als Kurfürsten zu Sachsen Könige von Polen waren.“

Es sei hier gestattet, die Bemerkung einzuschließen, daß unklar war, aus welcher der drei Linien der Antragsteller stammte. Diese Unklarheit geht aus den Akten hervor.

Köhne fährt fort:

„ad 1. Aus der böhmischen Linie ist Johann Wilhelm v. U. in den alten Herrnstand und Freiherrenstand am 14. Januar 1719 erhoben worden.

ad 2. Mir ist nicht bekannt, daß jemand aus der schlesischen Linie irgend wo Freiherr genannt wäre oder sich selbst also genannt hätte. Im Archiv ist aber nicht eine Spur, da überhaupt wenige Nachrichten über diese Familie sich vorfinden. Auch die in der Gegend von Zielenzig ansäßig gewesen, also zum märkischen Adel gerechneten von Unruh werden **niemals Freiherrn** genannt.¹⁰⁷⁾

¹⁰⁷⁾ Diese sind, wie in den „Ahnen der Modeste von Unruh“ nachgewiesen wurde, wenn man dem Briefe von 1783 und der Offiziers-

ad 3. Aus der polnischen Linie ist

- a) Christoph von Unruh . . . am 11. Septbr. 1745 vom Kurfürst von Sachsen als Reichsvikar in den Grafenstand erhoben. Er starb ohne Descendenz,
 - b) am 13. Septbr. 1745 wurde sein Bruder ebenfalls in den Reichsgrafenstand erhoben.
 - c) der Alexander von Unruh auf Rarge hat durch Diplom vom 10. Januar 1802 den preußischen Grafenstand erhalten. ¹⁰⁸⁾
- In den drei Grafendiplomen ist von einem Freiherrnprädikat nichts vorgekommen.“

Auf Grund dieser Ausführungen schrieb Raumer einen Bericht an den König (15 März 1847), in welchem es heißt:

„Was die Verleihung des Freiherrntitels anbetrifft, so ist die Behauptung, in der Eingabe, daß solcher früher in der v Unruhschen Familie geführt worden sei, durchaus nicht nachweisbar. Es ist zwar ein Johann Wilhelm von Unruh im Jahre 1719 in den böhmischen Freiherrnstand erhoben worden, dessen Descendenz besteht aber nicht mehr und die in Schlesien, Polen und der Neumark ansässigen, altadelichen Linien der Familie von Unruh

liste von 1787 Glauben schenken will, nahe, wenn auch anscheinend keine legitimen Verwandten des Carl Philipp von Unruh.

¹⁰⁸⁾ cf. oben.

haben den Freiherrntitel nicht geführt, wiewohl einzelne aus ihnen in den Grafenstand erhoben worden sind. Die Bitte des Major von Unruhe erscheint daher als eine **Gnadensache.**"

Auf Grund dieses Berichtes wurde der Major „Karl August von Unruh“ in den Freiherrnstand erhoben (23. März 1847) und zwar **lediglich nach dem Rechte der Erstgeburt**. Im Diplom wird ihm die freiherrliche Würde „verliehen“, nicht etwa „anerkannt und erneuert“. ¹⁰⁹⁾

Aus diesen Vorgängen kann mit Bestimmtheit geschlossen werden, daß die preußische Regierung nicht der Ansicht war, daß der polnische Zweig der Familie von Unruh Anspruch auf den Grafen-, nicht einmal, daß er Anspruch auf den Freiherrntitel habe, nicht im Jahre 1802 und auch nicht im Jahre 1847. Man wird aber auch sagen müssen, daß sie nicht daran gedacht hat, der Familie von Unruh einen hochadeligen Charakter beizulegen, geschweige denn, sie dem hohen Adel des Reichs gleichzustellen. Diese Ansicht entspricht völlig dem in vorstehender Untersuchung aus den geschichtlichen Thatsachen gewonnenen Resultat.

Für den Status der Modeste von Unruh ergibt sich somit als Gesamtergebnis:

- I. So lange die Abstammung und die Ahnen des Carl Philipp von Unruh nicht nachgewiesen sind, genügt Modeste von Unruh nicht

¹⁰⁹⁾ Sämtliche citirten Aktenstücke zu dieser Sache: Geh. Staats-Archiv Berlin. Rep. 100 II U. 1.

dem als Minimum aufgestellten Erforderniß des Ahnenadels.

II. Selbst wenn der Nachweis der legitimen Abstammung ihres Vaters von der polnischen Linie der Familie von Unruh und des Vorhandenseins der nöthigen Ahnen erbracht wäre, genügt sie nicht

- a) dem Erforderniß des hohen Adels,
- b) dem Erforderniß des titulirten niederen Adels,
- c) dem Erforderniß des qualificirten niederen Adels, wenn man darunter nicht titulirten niederen Adel, sondern niederen Adel mit „hochadeligem Charakter“ versteht.

Letztere Auffassung muß übrigens, wie wiederholt bemerkt wurde, als ganz unzulässig bezeichnet werden.

Positiv kann dieses so ausgedrückt werden:

Das Maximum von Status, welches für sie würde nachgewiesen werden können, bisher aber **nicht** nachgewiesen werden konnte, ist einfacher (untitulirter) niederer, alter (Ahnen-) Adel **ohne** hochadeligen Charakter.

Mit solchem Status genügt sie aber weder dem Ebenbürtigkeitserforderniß des hohen Adels noch dem Ebenbürtigkeitserforderniß des titulirten niederen Adels.

I.

Der Status der Modeste von Unruh ist in den Händen der Vertreter der Interessen ihrer Descendenten ein Proteus.

Anfangs wurde sie von ihnen dem niederen Adel zugezählt, aber mit dem freiherrlichen Titel geschmückt.

Nachdem Laband zahlreiches Beweismaterial dafür beigebracht hatte, daß ihr dieser Titel nicht zukomme,¹⁾ wurde von Rahl diese Behauptung „nicht unbedingt mehr“ aufrecht erhalten²⁾ und der „Antrag des Grafen Ernst, Grafen und Edlen Herrn zur Lippe-Biesterfeld, betreffend die Thronfolge im Fürstenthum Lippe“ legt auf den Freiherrntitel nicht nur kein Gewicht, sondern nennt die Stammutter sämtlicher jetzt lebenden Grafen zur Lippe-Biesterfeld überall schlechthin: „Modesta von Unruh“.³⁾

Dagegen wird in der Biesterfeldischen „Gegen-erklärung auf den Antrag Seiner Durchlaucht des Fürsten Stephan Albrecht Georg zu Schaumburg-

¹⁾ Die Thronfolge im Fürstenthum Lippe. Freiburg 1891. S. 30 ff.

²⁾ Ebenbürtigkeit und Thronfolgerecht der Grafen zur Lippe-Biesterfeld. Bonn 1896. S. 4.

³⁾ So S. 1, 2 (mehrmals), 3 (mehrmals), 5 (mehrmals).

Lippe, betreffend die Thronfolge im Fürstenthum Lippe“⁴⁾ für Modeste von Unruh, wegen der besonderen staatsrechtlichen Stellung des polnischen Adels, eine Gleichstellung mit dem hohen Adel des Reichs,⁵⁾ zum Mindesten der „freiherrliche Stand“ im Sinne des §. 18 des Brüdervergleichs von 1749⁶⁾ beansprucht.

In diesem, man kann wohl sagen, verzweifelden Versuch, die Ebenbürtigkeit der Modeste von Unruh zu retten, kann jedenfalls ein beachtenswerther Beweis dafür erblickt werden, daß man auf Seiten Biesterfelds begonnen hat, einzusehen, daß das Bestehen eines Ebenburtserfordernisses des hohen Adels im Hause Lippe, im jedesmaligen Sinne der Zeit, mit Aussicht auf Erfolg kaum mehr bestritten werden kann. Zu diesem Ebenburtserforderniß hat sich soeben noch eine Autorität, wie Pettenegg bekannt.⁷⁾

„Als integrierender Bestandtheil“ ist der Gegenerklärung B. „beigegeben“⁸⁾ eine Schrift,⁹⁾ mit welcher Janeczki soeben auf den Plan getreten ist.

Janeczki behauptet, dem ganzen polnischen Adel habe ein „hochadeliger Charakter“ innegewohnt, und

⁴⁾ Citirt: „Gegenerklärung B.“

⁵⁾ S. 12 f.

⁶⁾ S. 14 f.

⁷⁾ Dr. E. G. Graf Pöttich von Pettenegg. Gutachten zum Lippischen Thronfolgestreit bezüglich einiger Mißheirathen in diesem Hause. Berlin bei J. Sittenfeld. 1897.

⁸⁾ S. 12.

⁹⁾ Marcelli Janeczki. Die staatsrechtliche Stellung des polnischen Adels. Ein Beitrag zum Streite über die Thronfrage im Fürstenthum Lippe. Berlin 1897.

deshalb sei der Adel Polens dem hohen Adel des Reichs ebenbürtig gewesen.¹⁰⁾

Was zunächst den Ausdruck „hochadeliger Charakter“ betrifft, so läßt Janeczki nirgends klar erkennen, was er damit meint, wie seine Arbeit überhaupt der juristischen Schärfe entbehrt.

Meint er damit, daß der gesammte Adel Polens dem hohen Adel des heiligen Römischen Reichs gleichzuachten sei?

Man sollte es glauben, denn nur dann könnte von einer Ebenbürtigkeit mit jenem, bei Geltung strenger Ebenbürtigkeits-Grundsätze, die Rede sein. Und in der That zieht die Gegenerklärung B., wie oben erwähnt, diese Folgerung.

Oder meint er damit nur, daß der polnische Adel mit dem sogenannten qualifizierten niederen Adel Deutschlands (Grafen- und Freiherrntitel) auf die gleiche Stufe zu stellen sei?

Da der Verfasser gleichfalls der Ansicht ist, daß im Hause Lippe zur Ebenbürtigkeit hoher Adel erforderlich war, und an anderer Stelle¹¹⁾ Material speziell dafür beigebracht hat, daß der Ausdruck des §. 18 des Brüdervergleichs von 1749: „gräflichen- oder freyherrlichen Standes“ den hohen Adel im Sinne der damaligen Zeit meine, so wird nachstehende Untersuchung sich im Wesentlichen auf die Frage beschränken können, ob eine Gleichstellung der

¹⁰⁾ M. a. D. S. 6.

¹¹⁾ Untersuchungen zur Lippschen Thronfolgefrage. Heft I. „Der Fall Fontanier.“

Familie des Generals Carl Philipp von Unruh mit dem hohen Adel des Reichs, falls man annimmt, daß er aus der polnischen Linie dieses Geschlechtes stammte, aus der Sonderstellung des polnischen Adels gefolgert werden kann. Dagegen kann es den Vertretern der Weissenfelder Interessen überlassen bleiben, sich mit Janeczki darüber auseinanderzusetzen, ob er den Nachweis erbracht hat, daß Modesta dem §. 18 des Brüdervergleichs, so wie ihn Weissenfeld verstanden wissen will, nämlich, daß damit nicht hoher, sondern titulirter niederer Adel gemeint sei, in Folge des angeblichen „hochadeligen Charakters“, genügt. Einiges zu dieser Frage wird der Vollständigkeit halber hier gleichfalls erörtert werden.

II.

Janeczki geht bei seiner Betrachtung anscheinend von der Voraussetzung aus, daß die Abstammung des Vaters der Modesta von Unruh, des im Jahre 1805 verstorbenen General-Lieutenants Carl Philipp von Unruh, von der uradeligen Familie von Unruh und namentlich von der polnischen Linie dieses Geschlechtes feststehe, während der Nachweis, daß seine Abstammung völlig dunkel ist, vom Verfasser an anderer Stelle¹²⁾ bereits beigebracht wurde. Der Verfasser hat namentlich dargelegt, daß diejenigen Personen, welche man bisher als die Eltern des Carl Philipp

¹²⁾ Untersuchungen zur Sippischen Thronfolgefrage. Heft II. Die Ahnen der Modeste von Unruh.

Verzeichniß der Urkunden, welche

in vorstehender Untersuchung citirt sind und in dem Urkundenverzeichniß der „Ahnen der Modeste von Unruh“ (S. 99 ff.) nicht aufgeführt sind.

(Auch diese hier und im Text angeführten fünf Urkunden werden beim Verfasser [Groß-Lichterfelde bei Berlin, Marienstraße 16] in wörtlicher, amtlich beglaubigter Abschrift zur Verfügung des hohen Schiedsgerichts bereit gehalten.)

Urkunde 49.

Taufschein der Caroline Wilhelmine Dorothee Anna von Kowalsky.

Urkunde 50.

Ahnentafel des Carl Friedrich von Unruh vom 5. April 1802.

Urkunde 51.

Amtliche Auskunft des Kgl. Oberhofmarschallamts Dresden an den Verfasser vom 26. März 1897.

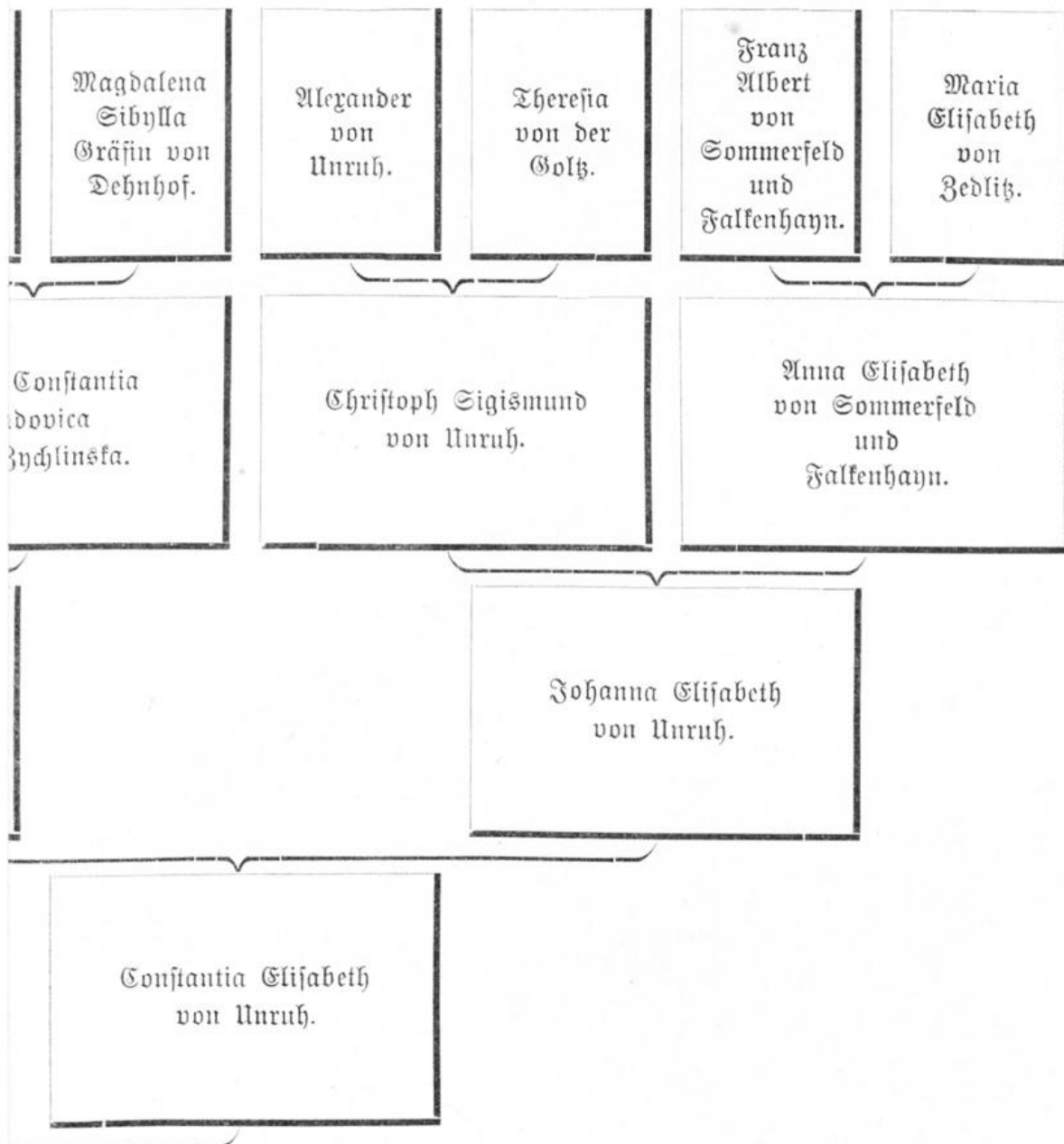
Urkunde 52.

Alvensleben's Bericht vom 16. Januar 1802.

Urkunde 53.

Bericht Köhne's vom 12. März 1847.

Tafel 4.



t allein Landkandig sondern auch absonderlich uns sehr wohl wissend und bekannt, daß
edesmal dafür auf= und angenommen worden: Als urkunden und bezeugen wir hiermit
Unruh von solchen hier oben aufgeführten Sechszehn Ahnen wahrhaftig und rechtmäßig

Ino Prusimski.

L. S. (gez.) Adam v. Kolaczowski:

fel wörtlich überein, was hiermit amtlich bestätigt wird.



Demnach uns Unterschriftene von Adel Herrn Carl Friedrich von Urub um ein glaubwürdiges Zeugnis seiner Sechzehn Ahen geziemend ersucht hat und dann nicht allein Landständig sondern auch absonderlich uns sehr wohl wissend und bekannt, daß die hierbei in ihren Schilde, Helmen und Farben bewerte und ausgezeichnete aralt adeliche Ahen jeder Zeit dafür gehalten, auch auf unsren Ritters- und Landtags-Versammlungen jedesmal dafür auf- und angenommen worden: Als urkundet und bezugen wir hiermit an Gidesstatt und bey Verlust unsrerer Adelichen Ehren, Raist dieser unsrerer Unterschrift und vorgedruckt adelichen Reichsalien, daß obgenannter Herr Carl Friedrich von Urub von solchen hier oben aufgeführten Sechzehn Ahen wahrhaltig und rechtmäßig entsprossen und an allen Orten dafür zuerkennen sey. Gegeben zu Dresden 5. April 1802.

L. S. (gez.) Carl v. Glesgnowski Erbherr auf Roznowo.

L. S. (gez.) Vincentius de Lubinski.

L. S. (gez.) Antonius Dürerog in Colao Prusimski.

L. S. (gez.) Adam v. Solaczowski.

Vorstehende Abschrift stimmt mit dem Original der bei dem unterzeichneten Oberhofmarschallamt unter Section III. Lit. U. Nr. 9 deponirten Ahnentafel wörtlich überein, was hiermit amtlich bestätigt wird.

Dresden, am 6. März 1807.

L. S. **Königlich Sächsisches Oberhofmarschallamt.**
(gez.) v. Biphum.



10 480744

Lippische Landesbibliothek



04374850

Ad. SCHUMACHER
Buchbinder
DETMOLD.

